

FRIEDRICH - EBERT - STIFTUNG

GEWERKSCHAFTSFACHKONFERENZ

MITTEL- UND OSTEUROPA

ABTEILUNG INDUSTRIELÄNDER

LÄNDERBERICHTE

INHALTSVERZEICHNIS

Länderberichte	Seite
1. Albanien	3
2. Baltische Staaten	5
3. Bulgarien	13
4. Estland	17
5. Ex-Jugoslawien	20
6. Kroatien	21
7. Mazedonien (FYROM)	23
8. Polen	24
9. Rumänien	29
10. Russische Föderation	33
11. Serbien–Montenegro–Kosovo	39
12. Slowenien	44
13. Tschechische und Slowakische Republik	46
14. Ukraine	53
15. Ungarn	60
16. Weißrußland	65

1. ALBANIEN (Rüdiger Pintar)

1.1 Gewerkschaftliche Situation und Entwicklung

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Albaniens befindet sich immer noch in ihren Anfängen. Sie ist weitgehend zersplittert und wenig strukturiert. In dem kleinen Land (ca. 3.5 Mio. Einwohner) gibt es zur Zeit 23 Gewerkschaftsorganisationen (bei ca. 1.4 Mio. Erwerbsbevölkerung, davon leben ca. 65% auf dem Land), von denen vielleicht 15 nur eine kleine Anzahl von Arbeitnehmern in sehr spezifischen Sektoren repräsentieren. Etwa die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung hat keine geregelte Arbeit und ist nicht in der Lage, Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. Der Durchschnittslohn liegt zwischen 60–80 DM bei einer Inflationsrate von gegenwärtig ca. 30%. Diese wenigen Daten geben bereits einen deutlichen Hinweis auf den Zustand und die Durchsetzungskraft der Gewerkschaftsbewegung.

Die unabhängigen gewerkschaftlichen Kräfte hatten zusammen mit den Studenten damals den Sturz des kommunistischen Regimes herbeigeführt und waren eine politisch treibende Kraft gewesen. Diese Situation hat sich heute grundlegend geändert. Die 1991 neu gegründeten Dachverbände sind unter sich zerstritten und vor allem mit dem Aufbau der innergewerkschaftlichen Organisation beschäftigt. Vor dem Hintergrund der desolaten wirtschaftlichen Situation des Landes (hohe Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen) haben sie nur geringe Möglichkeiten, Forderungen gegenüber der Regierung und sonstigen Arbeitgebern durchzusetzen.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung haben sich bisher drei größere Dachverbände herausgebildet, die Bedeutung besitzen:

Der Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens (BSPSH), die aus dem früheren kommunistischen Verband hervorgegangene Föderation der freien albanischen Gewerkschaften (KSL) und die vom BSPSH abgespaltene Union der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaften.

- Den größten Dachverband bildet der BSPSH mit nach eigenen Angaben 212.000 Mitgliedern. Von anderer Seite wird die Mitgliederzahl mit ca. 150.000 angegeben, was der Realität wohl näher kommen dürfte. Präsident des Verbandes ist Valer Xheka, der auf dem Gewerkschaftskongreß im März 1994 in seinem Amt bestätigt wurde.
- Der zweitgrößte Verband, KSL, gibt seine Mitgliederzahl mit etwas weniger als 50.000 Mitgliedern an. Präsident der KSL ist Kastriot Muco seit seiner Wahl auf dem ersten Kongreß der Föderation im Jahre 1991. Als Nachfolgeorganisation der ehemaligen kommunistischen Einheitsgewerkschaft steht die KSL der sozialistischen Oppositionspartei (Ex-Kommunisten) nahe.



- Die Union der Bergarbeitergewerkschaften unter Vorsitz von Gezim Kalaja zählt etwa 13.000 Mitglieder und besitzt vor allem Bedeutung wegen der zentralen Stellung des Bergbaus für die albanische Wirtschaft. Sie entstand aus der Abspaltung vom BSPSH als Folge der Kritik am zentralistisch orientierten Führungsstil von Valer Xheka und des Vorwurfs der Illegitimität seines Führungsanspruchs. Der daraus resultierende Konflikt wird von vielen Beobachtern aber insbesondere auf die persönlichen Spannungen zwischen den beiden Gewerkschaftsführern zurückgeführt.

Auch die beiden Dachverbände BSPSH und KSL liegen miteinander im Streit. Dies betrifft nicht nur ihre grundsätzliche ideologische Orientierung, sondern gegenwärtig die Aufteilung des ehemaligen Gewerkschaftsvermögens. Nachdem die Regierung das Vermögen auf der Grundlage von Mitgliederzahlen nach dem Schlüssel 60% zu 40% auf den BSPSH und die KSL aufgeteilt hatte, wurde diese Verteilung vom BSPSH vor Gericht mit dem Argument von unrichtigen Mitgliederangaben angefochten. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Trotz einiger Erfolge der Gewerkschaften bei Tarifabschlüssen im Bergbau und der Festlegung eines Ausgleichs der Inflationsrate bei den Löhnen läßt sich zur Zeit eher ein Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in Albanien feststellen. Die hohen Mitgliederzahlen sagen wenig über die Stärke der Gewerkschaften aus, da kaum Beiträge gezahlt werden, und nur in geringem Umfang gewerkschaftliche Arbeit stattfindet. Von Regierungsseite werden die Gewerkschaften zwar als Verhandlungspartner akzeptiert, können aber aufgrund der wirtschaftlichen Rahmendaten kaum Forderungen durchsetzen. Ihre Tätigkeit richtet sich daher vor allem auf den Aufbau innergewerkschaftlicher Strukturen und den Erhalt von Arbeitsplätzen bei drohenden Entlassungen. Durch zahlreiche Betriebsschließungen in der Industrie und im Bergbau wurden die Gewerkschaften in zunehmendem Maße geschwächt.

Auf Seiten der Regierung, die immer noch den hauptsächlichen Verhandlungspartner der Gewerkschaften darstellt, wurden bisher vor allem der BSPSH und die Bergarbeitergewerkschaft als Gesprächspartner akzeptiert. In jüngster Zeit wird aber auch die KSL zu Verhandlungen hinzugezogen. Sollten bei vorgezogenen Parlamentswahlen, die nach dem mißglückten Referendum über eine neue Verfassung Ende letzten Jahres von der Opposition immer stärker gefordert werden, ähnlich wie in anderen postkommunistischen Ländern die Sozialisten den Sieg davontragen, so wird der KSL zweifellos eine stärkere Bedeutung zukommen.

1.2 Bisherige Kooperation mit der FES

Die Zusammenarbeit mit den albanischen Gewerkschaftsverbänden BSPSH und der Union der Bergarbeitergewerkschaft bezog sich im wesentlichen auf die Förderung des internationalen Erfahrungsaustausches und die Vermittlung von Expertenwissen zur Rolle von demokratischen Gewerkschaften und zum Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation.

Im einzelnen bestanden die Maßnahmen aus:

- Seminar über die Rolle der Gewerkschaften zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen, 3.-5.12.1992 in Tirana
- Seminar zur Strukturveränderung und Interessenvertretung im Bergbau mit IGBE, 8.-10.2.1993
- Informationsreise in der Bundesrepublik Deutschland mit IGBE, 29.8.-4.9.1993
- Gewerkschaftsseminar über Tarifpolitik mit albanischer Bergarbeitergewerkschaft und IGBE, 30.1.-2.2.1994 in Pogradec
- Teilnahme albanischer Gewerkschafter an internationaler Konferenz über Strukturwandel und Wirtschaftskrise als Herausforderung von Gewerkschaften in Reformländern, 9.-12.6.1994 in Erfurt
- Seminar über demokratische Strukturen innerhalb der Gewerkschaftsorganisation mit BSPSH und DGB-Hessen, 31.8.-3.9.1994 in Durres.

2. DIE BALTISCHEN STAATEN (G. Walpuski)

2.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

Die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen, sh. Anlage 1) streben weiterhin eine tiefgreifende Demokratisierung ihrer politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen und Prozesse sowie eine baldige Aufnahme in die Europäische Union (EU) und in die WEU und NATO an.

Zu der Entwicklung im Jahre 1994 kann generell gesagt werden, daß in allen drei Ländern bei der Festigung der parlamentarischen Demokratie sowie von marktwirtschaftlichen

Strukturen Fortschritte gemacht worden sind. Allerdings scheint die "Problemtiefe der Transformation" immer noch unterschätzt zu werden. Die technologischen Rückständigkeiten und die erheblichen Fehlallokationen von Kapital und Arbeit in der Vergangenheit sowie die gravierenden Einbußen der letzten Jahre auf den Absatzmärkten haben zum Teil sogar zu neuen Strukturdefiziten geführt. Es fehlt vor allem an einer durchschlagenden "Modernisierungs- und Innovationsdynamik". Hauptgründe hierfür sind sich nur langsam entwickelnde Bewußtseins- und Verhaltensänderungen bei der Mehrheit der Bevölkerung – auch bei vielen "Führungseliten" – und fehlendes Kapital.

Nach wie vor sind die drei Republiken politische Systeme und Gesellschaften im Übergang zur parlamentarischen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft. Neue leistungsfähige Strukturen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft befinden sich weiterhin erst im Aufbau. Viele Menschen haben durch den Umstrukturierungsprozeß erhebliche soziale und wirtschaftliche Probleme bekommen und sind stark verunsichert. Große Teile der Bevölkerung befinden sich in Notsituationen und leiden Mangel. Vereinfacht ausgedrückt kann man sagen: es bestehen zur Zeit "Drittel-Gesellschaften", d.h. ca. 1/3 der Bevölkerung lebt unterhalb oder am Rande des Existenzminimums (insbesondere alleinstehende Personen, vor allem im Rentenalter); ca. 1/3 hat ausreichende Lebensbedingungen dadurch, daß mehrere Personen in einer Familie Einkünfte (Lohn, Einnahmen durch legalen und illegalen Handel) haben; 1/3 geht es relativ gut, davon einer kleinen Gruppe sehr gut (Hilfe aus dem Ausland, Beschäftigung bei Ausländern, florierende legale und illegale Geschäfte).

Das politische und gesellschaftliche Hauptproblem in allen drei baltischen Staaten – wenn auch unterschiedlich ausgeprägt – scheint zu sein, daß immer mehr Menschen von den Fortschritten, die "Demokratie und Marktwirtschaft" für sie bisher gebracht haben – für viele sind es Rückschritte – tief enttäuscht sind. Ein großer Teil der Bevölkerung wird immer apolitischer. Die Hauptgründe hierfür sind wohl:

- enttäuschte Hoffnungen, Erwartungen (da häufig emotional, unrealistisch, überzogen) hinsichtlich Demokratie und Marktwirtschaft sowie Hilfen aus dem "Westen",
- der tägliche Kampf um die Sicherung der materiellen Lebensbedingungen.

Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild in der Region:

- In Estland ist der Transformationsprozeß auch im Jahre 1994 am positivsten verlaufen, obwohl das Land sich unterschiedlich entwickelt: gut im Westen, vor allem im Raum Tallinn, schwächer bereits im Südosten um Võru, kritisch im Osten um Narva.
- In Lettland ist 1994 politische und gesellschaftliche Stagnation zu erkennen. Dies hängt wohl im wesentlichen mit der schwierigen Situation der Minderheitenregierung und der Uneinigkeit zwischen den einflußreichen politischen und gesellschaftlichen Kräften zusammen. Eine tragfähige Parteienstruktur ist immer noch nicht erkennbar. Nationalistische Kräfte gewinnen an Einfluß.

- Litauen hat zwar eine stabile Regierung, aber die strukturellen und vor allem sozialen Probleme der Transformation sind noch weitestgehend ungelöst. Die litauische Wirtschaft steckt nach wie vor in einer tiefen Anpassungskrise.

In allen drei Ländern – dies gilt aber auch für das westliche Ausland – hat man sich zu lange den Transformationsprozeß nicht so schwierig und komplex (vor allem durch das "Problem der Gleichzeitigkeit") vorgestellt sowie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten erheblich unterschätzt. Sogenannte "Transformations-Theorien" ("Schocktherapie", "gradualistische Strategie") helfen in der Praxis kaum weiter, z. B.:

- wenn Subventionsabbau, Privatisierung und Preisfreigabe verzögert würden, wäre der notwendige und letztlich unaufschiebbare Reformprozeß in Zukunft nur noch schmerzlicher (Befürworter einer "Schocktherapie"),
- ein erfolgreicher Transformationsprozeß erfordere institutionelle, strukturelle und individuelle Veränderungen, die nicht kurzfristig erreichbar seien ("gradualistische Strategie").

Das reale Leben folgt keiner Theorie und die Ausgangsbedingungen am Beginn des Transformationsprozesses (historisch, traditionell, kulturell, strukturell, sozioökonomisch usw.) sowie innenpolitische und innergesellschaftliche Reaktionen sind für Erfolg oder Mißerfolg entscheidender als Theorien, unverbindliche Ratschläge und begrenzte Hilfen von außen. Die neuen Demokratien benötigen westliche Unterstützung, um Massenelend vorzubeugen und Massenflucht zu verhindern – vor allem auch im Interesse Westeuropas – aber sie müssen ihre Entwicklung selbst bestimmen, ihren Weg alleine finden. Von entscheidender Wichtigkeit ist, daß der weitere Prozeß gewaltfrei verläuft, dazu sind grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die politische und soziale Regelung von Minderheitenfragen, z. B. durch "Regionale Tische" und internationale "Schlichtungskommissionen" eine weitere Voraussetzung.

2.2 Bisherige Kooperation mit der FES Estland

Datum	Maßnahme	Thema	Person/Experte
09.-12.06.94	FES-Seminar in Erfurt	Strukturwandel und Wirtschafts- krise als Herausforderung von Gewerkschaften	Ulle Purga, Vertreterin der estnischen Gewerkschaften
anschließend DGB Bundeskongreß			
September	Studie	Wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Lage Estlands	Ulle Purga, Wissenschafts- und Entwicklungszentrum der Estnischen Gewerkschaften
19.-21.09.94	Seminar	Gewerkschaftspolitik in Deutschland	Dr. Uwe Optenhögel, FES - Gewerkschafts-Koordinator, Bonn Rolf Johanning, Internationaler Sekretär, DPG
02.-05.12.94	Intern. Konferenz in Sofia	Möglichkeiten und Grenzen des Tripartismus in MOE-Ländern	Ulle Purga, Vertreterin der estnischen Gewerkschaften
10.-14.12.94	Intern. Hans- Böckler-Forum in Düsseldorf	Arbeitnehmerrechte im Welthandel	Vambo Veer, Leiter des Instituts für Forschung und Entwicklung des Estnischen Gew. Bundes

Lettland

Datum	Maßnahme	Thema	Person/Experte
16.-17.06.94	Seminar	Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa, Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel-Ost-Europas	Wolfgang Welpert, IG Bau-Steine-Erden, Bonn Bärbel Feltrinl, IG Bau-Steine-Erden, Frankfurt
28.-29.07.94	Seminar	Die Tarifautonomie in einer sozialen Marktwirtschaft	Wolfgang Müller, IG Bau-Steine-Erden, Bonn
25.06.-04.07.1994	Aus- und Weiterbildung	Hospitation beim DGB Nieder-sachsen	Anita Vitolina, Leiterin der Rechtsabteilung des FLGB, Riga
22.09.94	Runder Tisch	Informationsaustausch mit der Deutschen Postgewerkschaft	Rolf Johanning, Deutsche Postgewerkschaft; Vertreter der lettischen Postgewerkschaft
31.10.94	Runder Tisch	Gewerkschaftsarbeit in Deutschland	Dr.Uwe Optenhögel, FES-Bonn Dieter Wiareck, DGB Nieder-sachsen, Hannover
01.11.94	Seminar	Gewerkschaftsarbeit in entwickelten Industrie-gesellschaften	Dr.Uwe Optenhögel, FES-Bonn Dieter Wiareck, DGB Nieder-sachsen, Hannover

21.12.94	Seminar Arbeitsrecht und Arbeitsschutz in Lettland	Velta Strautniece, Expertin für Arbeitsschutz, Riga
03.-09.12.94	Weiterbildungsseminar für lettische Gewerkschaftsfunktionäre in Hustedt	Brigita Abike, Freier lett.Gew. Verband, stellv.Vorsitzende Marianna Berzina, Freier lett. Gew. Verband, Expertin Arija Gaile, Landwirtschaftsgew. Komiteevorsitzende Dzintra Klavina, Landwirtschafts- gew., Komiteevorsitzende Anna Lavrentjeva, Gew.Komitee, Vorsitzende Jevgenija Melbarzde, Gew.Komitee, Kreis Jelgava Janis Neimanis, Forstgew., Vors. Vitolds Opolais, Koordinations- zentrum Rigaer Gewerkschaften Melita Putrina, Expertin der Arbeitssicherheit Gunars Pucitis, Bildungs- und Wissenschaftsgew., Vorsitzender Aldis Misevics, Dolmetscher Martins Berzins, Dolmetscher

11.-16.12.94 Weiterbildungsseminar für Lettische
Baugewerkschaft in Bildungsstätte der
IC Bau-Steine-Erden in Steinbach

Rihards Bennats, Betrieb
"Būvmehanizācija", Liepāja
Tereza Miglīnka, Regionales
Gewerkschaftszentrum, Rezekne
Zigfrīds Pāpīns, Gew.Komitee
Bauverwaltung Nr.1, Daugavpils
Aivars Klavīns, Gew.Organisation
Baufirma "Garants", Rīga
Mara Tomšone, Vorsitzende der
Lett.Baugewerkschaft, Rīga
Janis Guzans, stellv.Vors. der
Lett. Baugewerkschaft, Rīga
Svetlāna Hapova, Sachbearbei-
terin in der Lett.Baugew., Rīga
Marija Krasilnikova, Regionales
Gewerkschaftszentrum, Liepāja
Jevgenijs Servuts, Regionales
Gewerkschaftszentrum, Daugavpils
Uldis Niklāss, Methodischer Rat
in der Lett.Baugew., Valmiera
Guntis Berklaivs, Dolmetscher
Andrejs Rudzītis, Dolmetscher

Litauen

Datum	Maßnahme	Thema	Person/Experte
09.-12.06.94	FES-Seminar in Erfurt	Strukturwandel und Wirtschafts- Krise als Herausforderung von Gewerkschaften	Grazina Gruzdiene, Präsidentin Litauischer Gew.-Verb., Vilnius Aldona Balsiene, Präsidentin Litauische Gew.-Union, Vilnius
anschließend DGB Bundeskongreß			
03.11.94	Seminar	Gewerkschaftsarbeit in entwickelten Industriegesell- schaften	Dr.Uwe Optenhögel, FES-Bonn, Gewerkschafts koordinador
06.-13.11.94	Aus- und Weiterbildung	Hospitation beim DGB Nieder- sachsen	Vytautas Simanavicius, Gewerk- schaftssekretär, Kaunas
02.-05.12.94	Intern. Konferenz in Sofia	Möglichkeiten und Grenzen des Tripartismus in MOE-Ländern	Algirdas Sisas, Vorsitzender der Vereinigung der Gewerk- schaften Litauen Aldona Balsiene, Präsidentin Arbeiterverein Litauen
10.-14.12.94	Intern. Hans- Böckler-Forum in Düsseldorf	Arbeitnehmerrechte im Welthandel	Algirdas Zvincavicius, litauische Händlergewerkschaft

3. BULGARIEN (P. Scherrer)

Die bulgarische Wirtschaft und Gesellschaft steht seit einigen Jahren vor massiven Problemen.

Die folgenden wirtschaftlichen Eckdaten verdeutlichen das Ausmaß der Wirtschafts- und Sozialkrise.

	1990	1991	1992	1993	1994
Arbeitslosenquote in %	1,5	10,5	15,0	18,0	19,0
Jahresinflation in %	19,3	334,0	29,5	63,9	80,0
Wechselkurs Lev/Dollar Jahresdurchschnitt	2,2	19,9	26,6	32,7	5,5
Bruttoinlandsproduktion in Mrd. US-Dollar	20,6	6,9	7,9	8,7	7,8

Das Durchschnittseinkommen betrug 1994 ca. 110 DEM, der gesetzliche Mindestlohn ca. 50 DEM, die durchschnittliche Monatsrente ca. 30 DEM.

Das Zauberwort im Transformierungsprozeß der bulgarischen Wirtschaft: Privatisierung, hat sich bisher lediglich in der Theorie, als Produzent blühender Wirtschaftslandschaften erwiesen. Von den über 3000 Staatsbetrieben sind bis Ende 1994 lediglich 87 privatisiert. Der Anteil des Privatsektors am BIP liegt bei 19,4%.

Der weitaus größte Teil der privaten Wirtschaft befindet sich in Handels- und Dienstleistungsbereich. Ausländische Firmen zeigen nur sehr wenig Interesse am Kauf bulgarischer Firmen, lediglich 10 Unternehmen wurden an das Ausland verkauft.

Wesentlicher Grund für die Zurückhaltung ausländischer Interessenten am Kauf bulgarischer Betriebe ist die schleppende-korrumpierte Bürokratie, die mangelnde Infrastruktur, ein völlig ineffizientes Bankwesen und nicht zuletzt die politische Instabilität des Landes.

Innerhalb des letzten Jahres hatte Bulgarien drei verschiedene Regierungen. Im September trat die Experten-Regierung von Ministerpräsident Berov zurück. Ihm folgte die frühere Direktorin der Staatlichen Privatisierungsagentur Dr. Renata

Indshova. Seit den Wahlen am 18. Dezember hat Bulgarien eine sozialistische Regierung mit dem Außenhandelsexperten Jean Videnov an der Spitze. Die BSP erhielt bei den Wahlen 45% und verfügt über 125 der 240 Parlamentssitze.

Die bulgarischen Gewerkschaften sind, mit Ausnahme einiger Lokal- bzw. Regionalorganisationen, in zwei Konföderationen organisiert.

Die CL "Podkrepa" wurde im Februar 1989 in Plovdiv von acht Intellektuellen gegründet. Podkrepa beabsichtigte mit ihrer Organisation eine nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Gegenmacht, ähnlich dem Vorbild der polnischen Solidarnosc darzustellen. Von Beginn an, lehnte sich der Gewerkschaftsbund eng an die spätere konservative, wirtschaftsliberale Regierungspartei UDK an.

Podkrepa wurde massiv von den amerikanischen Gewerkschaften unterstützt. Für 1994 gibt Podkrepa ihre Mitgliedszahl mit 520.000 an. Dies bedeutet, verglichen mit den Angaben für 1991 (ca. 850.000) einen drastischen Rückgang der Mitgliedszahlen.

Ein Grund für diesen Popularitätsverlust liegt neben der gestiegenen Arbeitslosigkeit, in der engen Bindung an die UDK. Die UDK konnte bei den Parlamentswahlen 1994 nur noch 18% erreichen, Podkrepa hatte ihren Wahlkampf massiv unterstützt.

Für Podkrepa hängt "die demokratische Zukunft der posttotalitären Gesellschaft in hohem Maße von der Privatisierung" ab. Podkrepa spricht sich für eine rasche Massenprivatisierung aus.

Der neuen sozialistischen Regierung werden von Podkrepa nur geringe "Überlebenschancen" eingeräumt. Podkrepa bezweifelt, daß aus den ehemaligen Kommunisten aufrichtige Demokraten geworden sind. Sie sieht die BSP nicht in der Lage die gewaltigen Herausforderungen wie Inflationsbekämpfung, Privatisierung, Reduzierung der Arbeitslosigkeit usw. zu meistern.

Podkrepa versucht dem Zusammenbrechen der sozialen Sicherung mit dem Aufbau eigener "Sozialkassen" zu begegnen. Mitglieder können Beiträge zur gewerkschaftlichen Renten- bzw. "Notlageversicherung" zahlen. Podkrepa geht in ihrem politischen Engagement weit über das Maß originärer Gewerkschaftsaufgaben hinaus, begreift sich weiterhin als demokratisches Gegengewicht zur Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (KUGB) und der alten Nomenklatura. Podkrepa gehören 13 Föderationen 18 Einzelverbände in insgesamt 31 Regionen des Landes an.

International unterhält der Verband zahlreiche bilaterale Beziehungen, eine Reihe der Föderationen sind Mitglied in den europäischen bzw. internationalen Berufssekretariaten.

Der Vorsitzende Podkrepas, Konstantin Trenchev ist stell. IBFG-Präsident.

Die KUGB ging aus dem ehem. Zentralrat der Gewerkschaften Bulgariens hervor. Die KUGB, die sich im Januar 1990 gründete, hat z.Zt. ca. 1.200.000 Mitglieder die in 27 Föderationen, mit 31 Einzelverbänden aufgeteilt sind. 10 der Föderationen

sind Mitglieder der internationalen Berufssekretariate. KUGB hält ebenso wie Podkrepa einen Beobachterstatus beim Europäischen Gewerkschaftsbund. Auch KUGB unterhält freiwillige Sozialkassen (Renten- und Krankenversicherung). Im Gegensatz zur Podkrepa gibt sich die KUGB hinsichtlich parteipolitischer Bewertungen zurückhaltend.

Kurz nach der Regierungsübernahme mußte die BSP-Regierung bereits herbe Kritik der KUGB an den drastisch erhöhten Energiepreisen einstecken.

Für beide Dachverbände stehen die negativen Folgen der Privatisierung, die unter der BSP-Regierung beschleunigt werden soll, der Zerfall der sozialen Sicherung und die hohe Arbeitslosigkeit an oberster Stelle der Tagesordnung. Auf diese Fragen hat sich in der Vergangenheit der Beratungsbedarf konzentriert.

Die KUGB orientiert sich mehr an konkreten Sachfragen, ist weniger partei-politisch-ideologisch fixiert als Podkrepa.

Auch hinsichtlich des Führungsstils unterscheiden sich die Verbände deutlich. Während in der Podkrepa ein ausgeprägter Personenkult um den Vorsitzenden Dr. Trenchev betrieben wird (teure Dienstwagen, Body-Guards, zelebrierte Papstbesuche), gibt sich die KUGB unkrapuziös. Bei der KUGB gibt es klare Zuständigkeitsbereiche und eine Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Personen ist problemlos. Die mitunter undurchsichtige Kompetenzstruktur innerhalb Podkrepas verursacht vermeidbare Reibungsverluste.

Insbesondere die Förderung regionaler und lokaler Beschäftigungsinitiativen muß verstärkt werden.

Nach wie vor gibt es eine, wenn auch geringe Abwanderung aus den ländlichen Regionen in die Hauptstadt. Hier sind die Erfahrungen der Integrationen Ostdeutschlands in die Bundesrepublik von Bedeutung. Beide Bünde haben in diesem Kontext, und auch aufgrund einer historischen, mitunter nicht unproblematischen Affinität zu Deutschland eine hohe Erwartungshaltung an die bundesrepublikanischen Gewerkschaften und Stiftungen.

Bisherige Kooperation mit der FES

- 10.-12.1., Madan, Expertenseminar zu Beschäftigungs-schaften
- 14.-19.5., Sofia, KZE zu Fragen der Wirtschaftsreform bei bulgarischen Gewerkschaften
- 15.-20.5., Bad Mündel, Gewerkschaftsseminar mit IG Chemie
- 28.5.-2.6., Sofia, KZE zu Fragen der Privatisierung aus gewerkschaftlicher Sicht
- 9.-12.6., Erfurt, Teilnahme bulg. Gewerkschafter am SEMINAR "Strukturwandel und Wirtschaftskrise als Herausforderung von Gewerkschaften in Reformländern"
- 10.-14.10., Plovdiv, Gewerkschaftsseminar zur Privatisierung
- 18.-20.10., Tragovishte, Gewerkschaftsseminar zur Privatisierung
- 7.-10.11., Seminar zum Umweltschutz am Arbeitsplatz
- 28.11.-1.12., Berlin, Teilnahme von zwei Gewerkschaftern an ILO-Konferenz: 75 Jahre Internationale Arbeitsstandards
- 29.11.-2.12., Sofia, Seminar zu Sozialversicherung
- 3.-6.12., Sofia, Internationale Konferenz über Tripartismus in den MOE-Staaten
- 11.-13.12., Düsseldorf, Hans-Böckler-Forum zu Arbeitsstandards (Teilnahme bulg. Gewerkschafter)
- 14.-16.12., Sofia, Seminar zu Rentensystemen
- 15.-17.12., Düsseldorf, DGB-Seminar: Migrationspolitik, Teilnahme bulg. Gewerkschafter

Studien/Publicationen

- Dez. 1994 Broschüre mit IBFG: Auszüge aus Trade Union Union Manual (Druckkosten)
- Nov. 1994/
- Juli 1995 Studie und Broschüre zu Privatisierung (Fortsetzung in 1995)
- Nov. 1994/
- Aug. 1995 Studie und Publikation zu System der sozialen Sicherung
- Dez. 1994/
- Jan. 1995 Erstellung und Druck einer Massenpublikation zu Privatisierung

4. ESTLAND (W. Lapins)

4.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

In Estland existieren zwei von einander unabhängige Gewerkschaftsdachverbände. Dies ist zum einen die "TALO", der Gewerkschaftsverband, der die öffentlich Bediensteten repräsentiert. Die etwa 68.000 Mitglieder umfassen die Berufsgruppen Lehrer, Künstler, Journalisten, Ingenieure und Ärzte. Die zweite neue und größere Gewerkschaftsorganisation ist der Zentralverband der Gewerkschaften Estlands "EAKL". Hier haben sich 25 Einzelgewerkschaften mit etwa 200.000 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind etwa 92 000 Frauen.

Die größten Mitgliedsorganisationen von EAKL sind der Verband der Gewerkschaften der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft mit über 25.000 Mitgliedern, gefolgt vom Verband der Arbeiter im Handel mit 20 000 Mitgliedern, der Verband der Arbeiter der Konsumgüterindustrie 17 600 Mitglieder und der Verband der Arbeiter des Autotransports und des Straßenbaus mit 11.600 Mitgliedern.

Sozialpolitisch relevant während der Transformationsphase von Ländern wie Estland ist die Entwicklung einer Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Weil der staatliche Sektor in der estnischen Wirtschaft nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt, sind in den Bereichen von Arbeitsrecht, Sozialpolitik sowie Lohn- und Einkommenspolitik tripartite Verträge nach wie vor notwendig. Während in diesen dreiseitigen Rahmenverträgen nur die wichtigsten und allgemeinen Fragen vereinbart werden, wie Mindestlohn, Regulierung des Arbeitsmarktes, Ausarbeitung oder Änderung von Gesetzen, so befassen sich die zweiseitigen Vereinbarungen mit Arbeits- und Lohnbedingungen schon detaillierter.

Die Vereinbarungen der Gewerkschaftsverbände werden durch Kollektivverträge in Unternehmen und Betrieben konkretisiert. 1994 haben 9 Mitgliedsorganisationen des Zentralverbandes insgesamt 18 Verträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Dennoch gibt es noch zahlreiche Probleme:

- Aufgrund der Umstrukturierungspolitik in der Wirtschaft ist es für die Gewerkschaftsbünde oft schwer, Verhandlungspartner zu finden; mit dem Ergebnis, daß mehrere Verträge mit unterschiedlichen Unternehmern vereinbart werden müssen.
- Zahlreiche Arbeitgeber gehören keiner Arbeitgebervereinigung an, und manche gewerkschaftlichen Organisationen haben keinen Verhandlungspartner unter der entsprechenden Arbeitgebervereinigung.
- Die ökonomische und juristische Lage von Unternehmen innerhalb derselben Branche ist zuweilen unterschiedlich (Unternehmen, auf der Privatisierungsliste gegenüber weiterhin staatlichen). Über die Lohn- und

Arbeitsbedingungen müssen dann Verträge auf innerbetrieblicher Ebene abgeschlossen werden.

Die sozialökonomische Transformation verlangt folgerichtig den neuen Verhältnissen entsprechende Gesetze. Die Gewerkschaften Estlands haben aktiv an der Ausarbeitung des neuen Arbeitsrechts mitgewirkt und dessen Verabschiedung beeinflusst. Dazu gehören:

- Gesetz über den Kollektivvertrag
- Gesetz über den Arbeitsvertrag
- Urlaubsgesetz
- Gesetz über die Arbeits- und Ruhezeit
- Arbeitsschutzgesetz
- Gesetz über die Vertrauensperson der Arbeitnehmer
- Gesetz über die Lösung des kollektiven Arbeitskonflikts
- Lohngesetz
- Gesetz über die Disziplinarhaftung der Arbeitnehmer.

Unter Beteiligung von EAKL, der zur Zeit gültigen Rahmenvereinbarung zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern konnten ein arbeitsrechtlicher Mindeststandard sowie ein monatlicher Mindestlohn (300.- EEK/37,50 DM) vereinbart werden. Diese arbeitsrechtlichen Mindestbedingungen und Arbeitsschutzvorschriften orientieren sich weitgehend an Übereinkünfte und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Allerdings hat diese Rahmenvereinbarung nur für den staatlichen Sektor praktische Bedeutung. Im privaten Sektor können hiervon abweichend zwischen Arbeitgebern und Branchengewerkschaften Sonderregelungen vereinbart werden.

1994 war ein weiterer Schwerpunkt der Gewerkschaften im Bereich der Sozialpolitik die Reformierung des Sozialversicherungssystems. Gegenwärtig wird die Sozialversicherung und das Gesundheitswesen durch die Mittel einer 20%-gen Sozialsteuer der Arbeitgeber und einer 13%-gen Krankenkassensteuer vom Bruttolohn der Arbeitnehmer finanziert. Diese Beträge können jedoch nur die Elementarbedürfnisse des Gesundheitswesens decken. Die Gewerkschaften haben sich als Ziel gesetzt, zusätzlich zur staatlichen Pflichtsozialversicherung noch eine freiwillige, Sozialversicherung aufzubauen. Geplant ist mit einer Neuaufteilung der Beitragsanteile auch eine Beteiligung der Arbeitnehmer vorzusehen, die nach den Vorstellungen der Gewerkschaften mit einer Individualisierung der Ansprüche und Leistungen verknüpft werden muß. Auf Initiative der Gewerkschaften hat man die Problematik der Sozialversicherung sowohl mit den Vereinigungen der Arbeitgeber als auch mit den Vertretern der Regierung erörtert. Im unterschriebenen tripartialen Vertrag von 1994 sind die Bestimmungen über eine entsprechende Zusammenarbeit enthalten.

Nach einer von den Gewerkschaften durchgeführten Untersuchung erwarten 60% der Arbeitnehmer von den Gewerkschaften in erster Linie die Erhöhung des Mindestlohns (300.– EEK). Dieser Mindestlohn gilt seit Oktober 1992. Die Erhöhung des Mindestlohns ist vor dem Hintergrund der Inflation und des Rückgangs der Kaufkraft ein Imperativ gewerkschaftlicher Forderungen. 1994 ist es erstmals gelungen, zusätzlich zum tripartiten Vertrag, einen Sondervertrag zwischen dem Zentralverband und den Vertretern der Arbeitgeber abzuschließen, wo der vereinbarte Mindestlohn höher als im tripartiten Vertrag ist. Der Gewerkschaftsverband der Kommunikationsarbeiter schloß mit der Aktiengesellschaft "Eesti Telefon" einen Vertrag, in dem der Mindestlohn auf 880.– EEK festgelegt wurde. Im Vertrag des Gewerkschaftsverbandes estnischer Energetiker und Elektrotechniker einigte man sich auf die Höhe des Minimallohns von 725.–EEK. Da die Höhe des Mindestlohns mit der Höhe der Renten und Kindergelder gesetzlich verbunden ist, ist man angesichts der finanziellen Mittel des staatlichen Versicherungsfonds von Regierungseite nur äußerst zögerlich bereit, den Mindestlohn zu erhöhen.

EAKL hat sich von Gründung an für eine politisch unparteiische Organisation erklärt. Bis Februar 1994 hielt sie strikt an den Grundsätzen der Nichteinmischung in die Politik fest. Im Februar des vergangenen Jahres gab der Zentralverband die Entscheidung bekannt, die Interessen der Arbeitnehmer auch parlamentarisch zu vertreten. Ziele sind dabei die Einhaltung und der Aufbau der Arbeitsgesetzgebung. Da gemäß des Wahlgesetzes nur Parteien Wahllisten vorlegen können, entschloß sich der Zentralverband, bei den nächsten Parlamentswahlen am 5. März 1995 zusammen mit den Sozialdemokraten ein Bündnis einzugehen.

Nach dem Vorbild des skandinavischen Gewerkschaftsforums haben am 9.11.1993 die Gewerkschaftsverbände aller drei baltischen Republiken beschlossen, sich in allen arbeitsmarkt- und sozialpolitisch wichtigen Fragen untereinander abzustimmen. Themenschwerpunkte sind alle im Kontext mit den ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Reformen stehenden Aufgaben der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Auf der Grundlage von gemeinsam erarbeiteten Positionen sollen diese dann von den nationalen Gewerkschaftsbünden gegenüber ihren Regierungen und Parlamenten vertreten werden.

Desweiteren soll das Forum als Plattform für gemeinsame Aussagen zur ILO sowie zur europäischen Sozialcharta genutzt werden und dem Informations- und Erfahrungsaustausch über allgemein interessierende, länderübergreifende Fragen dienen.

Sowohl EAKL als auch TALO haben sehr gute Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer europäischer Staaten, besonders eng ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften von Finnland und Schweden. Auch die meisten Mitgliedsverbände des EAKL entwickeln eine Zusammenarbeit mit betreffenden Gewerkschaftsorganisationen in anderen Ländern. 12 Mitgliedsorganisationen haben

sich den internationalen Gewerkschaftszentren angeschlossen. Seit 1992 gehört Estland wieder der Internationalen Arbeitsorganisation ILO an.

4.2 Bisherige Kooperation mit der FES.

Die Zusammenarbeit zwischen FES/Estland und den estnischen Gewerkschaften konzentrierte sich im wesentlichen auf das Institut für Forschung und Entwicklung des Zentralverbands der Gewerkschaften Estlands sowie auf die Tartuer Gewerkschaftsorganisation von EAKL.

Im Rahmen des Projektes fanden folgende Maßnahmen statt:

- Teilnahme einer Vertreterin des wissenschaftlichen Gewerkschaftszentrums am Gewerkschaftsseminar in Erfurt sowie am DGB-Kongreß in Berlin;
- Seminarfolge 'Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft' 19.4.; 25.4; 19.5. mit der Tartuer Organisation der EAKL;
- Publikation über "Die sozialökonomische Lage Estlands aus gewerkschaftlicher Sicht";
- Gewerkschaftspolitisches Seminar mit der estnischen Postgewerkschaft sowie mit dem Vorstand von EAKL vom 19.9 bis 21.9., deutsche Experten FES-Gewerkschaftskordinator und internationaler Sekretar der deutschen Postgewerkschaft;
- Teilnahme eines Vertreters des wissenschaftlichen Entwicklungszentrums am Internationalen Hans-Böckler-Forum in Zusammenarbeit mit DGB, FES und TUAC "Arbeitsnehmerrechte im Welthandel" vom 11. bis 14.12.1994

5. EX-JUGOSLAWIEN (R. Pintar)

Eine Reihe von Maßnahmen in der Gewerkschaftsarbeit war nicht auf einzelne Republiken des früheren Jugoslawien bezogen, sondern richtete sich auf die verschiedenen Gewerkschaftsverbände des ehemaligen Staatsgebietes. Es handelte sich dabei um Veranstaltungen, die entweder gezielt den ex-jugoslawischen Gewerkschaften eine Plattform für den gegenseitigen Kontakt und den gemeinsamen Dialog bieten sollten (Bsp. Treffen der Metallgewerkschaften in Berlin) oder um internationale Konferenzen, die regionalspezifische Themen aufgriffen (Bsp. Konferenz in Budapest mit dem EGB).

In der Regel wurden diese Veranstaltungen zusammen mit internationalen Organisationen in Drittländern durchgeführt.

Bisherige Kooperation mit der FES:

- Seminar: Strukturwandel und Wirtschaftskrise als Herausforderung von Gewerkschaften in Reformländern unter Teilnahme von Gewerkschaften aus Ex-Jugoslawien, 9.-12.06. in Erfurt
- Arbeitstagung der Metallgewerkschafter Ex-Jugoslawiens, mit IGM, 11.-16.09. in Berlin
- Internationale Konferenz: Südosteuropa: Demokratisierung oder Krieg ohne Ende, mit EGB, EU u. HBS, 22.-25.09. in Budapest
- Gewerkschaftspolitik und ILO-Standards, mit ILO u. HBS, 23.-26.10. in Budapest

6. KROATIEN (R. Pintar)

Die Gewerkschaften Kroatiens verteilen sich auf drei Dachverbände: die Union der autonomen Gewerkschaften Kroatiens (SSSH), die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens (KNSH) und die kroatische Gewerkschaftsunion (HUS).

- Der SSSH, Nachfolgeorganisation der alten Gewerkschaften, ist mit etwa 600.000 Mitgliedern (eigene Gewerkschaftsangabe) der größte und wohl auch effektivste Dachverband in Kroatien. Gegenwärtig gehören dem Bund 24 Einzelgewerkschaften an, wobei die Tendenz in Richtung des Aufbaus von Branchengewerkschaften geht. Der Vorsitzende des Bundes ist Dragutin Lezar. Abgesehen von Schwierigkeiten beim organisatorischen Aufbau des Gewerkschaftsbundes gibt es insbesondere Probleme bei der Aufteilung des Beitragsaufkommens, das überwiegend bei den Betrieben und den Einzelgewerkschaften verbleibt und somit dem Dachverband nur einen geringen finanziellen Spielraum läßt.
- Der KNSH unter Vorsitz von Mladen Mesic hat seit der Gründung der Konföderation offensichtlich durch die Austritte der mitgliederstarken Einzelgewerkschaften (z.B. die Gewerkschaft der Sekundarschullehrer) den größten Teil seiner Basis verloren. Die Organisation der KNSH wird von Außenstehenden als desolat bezeichnet. Dieser Zustand wird vor allem auf die parteipolitischen

Ambitionen von Mesic in der früheren sozialdemokratischen Partei (SDSH, jetzt vereint mit der ex-kommunistischen sozialdemokratischen Partei) und die damit verbundene Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit zurückgeführt. Zahlen über die gegenwärtige Mitgliederstärke werden nicht genannt, die Konföderation gilt aber heute als die schwächste der Dachverbände Kroatiens.

- Der dritte Dachverband, die HUS unter Vorsitz von Nico Gunjia, wird als regierungskonform eingestuft und zum Teil sogar als Gewerkschaft der Regierungspartei HDZ bezeichnet. Nicht zuletzt durch die Unterstützung der Regierung und der Aufnahme von einzelnen aus der KNSH ausgetretenen Gewerkschaften hat die HUS an Bedeutung gewonnen.

Konflikte zwischen den Gewerkschaften gibt es vor allem über die noch nicht geklärte Frage der Aufteilung des alten Gewerkschaftsvermögens. Trotzdem sind die drei Dachverbände bei wichtigen Fragen durchaus bereit, gemeinsame Aktionen durchzuführen, wie der Protest- und Warnstreik gegen die Regierung für elementare Gewerkschaftsrechte und der gleichzeitige Eisenbahnerstreik im Dezember 1994 zeigten. Insgesamt befinden sich die kroatischen Gewerkschaften sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht in einer extrem schwierigen Situation. Das politische Umfeld präsentiert sich von wenigen Ausnahmen abgesehen als gewerkschaftsfeindlich und die ungünstige Wirtschaftsentwicklung läßt kaum Raum für Forderungen der Gewerkschaften. Im Parteienspektrum fehlen bisher potente Partner zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen im politischen Raum.

Die Gewerkschaftskooperation der FES in Kroatien hat sich im letzten Jahr vornehmlich auf die Unterstützung beim Aufbau einer Bildungsabteilung des SSSH bezogen. Diese Maßnahme ist mittelfristig geplant und soll durch den Einsatz eines deutschen Experten aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit kontinuierlich betreut werden.

Bisherige Kooperation mit der FES:

- Gewerkschaftsseminar zur Bildungsarbeit, mit dem kroatischen Dachverband UATUC, 20.-24.06. in Zagreb
- Regionales Gewerkschaftsseminar mit kroatischem Gewerkschaftsverband UATUC, 23.-26.11. in Bjelovar

7. MAZEDONIEN (FYROM) (R. Pintar)

In Mazedonien gibt es bisher nur einen gewerkschaftlichen Dachverband, den Bund der mazedonischen Gewerkschaften (CCM). Er ist die Nachfolgeorganisation des alten Gewerkschaftsbundes und besteht aus 14 selbständigen Einzelgewerkschaften. Auf einem Kongreß im November 1993 hatte der Bund seine neue Satzung verabschiedet. Innerhalb der Gewerkschaften wurde das Prinzip der Betriebsgewerkschaften beibehalten, die auch immer noch eine starke Stellung innerhalb der Branchengewerkschaften besitzen. Da auf betrieblicher Ebene auch Tarifverträge ausgehandelt werden und Mitgliedsbeiträge in der Regel im Betrieb verbleiben, hat der Dachverband eine relativ schwache Stellung.

Betriebliche Auseinandersetzungen (Streiks eingeschlossen) werden häufig unabhängig von den Branchengewerkschaften organisiert und durchgeführt. Die Interessenwahrnehmung der Beschäftigten findet vornehmlich durch gewählte Gewerkschaftsausschüsse in den Betrieben statt. Auf nationaler Ebene werden Verträge der Gewerkschaften mit der Handelskammer abgeschlossen. Die überwiegend betriebsbezogene Interessenvertretung der Arbeitnehmer erschwert den Aufbau einer starken übergeordneten Gewerkschaftsstruktur.

Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit in Mazedonien ist vor allem die Verhinderung von Massenentlassungen bei den geplanten Unternehmenssanierungen und Privatisierungen. Erschwert werden die ökonomischen Probleme der Umstrukturierung durch den Handelsboykott Griechenlands gegenüber Mazedonien. Trotz der dadurch bedingten frostigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gab es im Dezember 1994 ein Treffen zwischen dem mazedonischen und dem griechischen Gewerkschaftsbund in Athen, das von den Beteiligten als konstruktiv bezeichnet wurde.

Die Kooperation der FES mit den mazedonischen Gewerkschaften begann letztes Jahr in Form von verschiedenen Seminaren zusammen mit dem Bildungswerk des DGB-Hessen. Die Bildungsveranstaltungen werden in 1995 fortgesetzt.

Bisherige Kooperation mit der FES:

- Bildungsveranstaltung mit dem mazedonischen Gewerkschaftsbund (Struktur der Gewerkschaften, Tarifverträge), 17.-24.03. in Skopje
- Seminar mit mazedonischen Gewerkschaften (gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Soziale Sicherung), 4.-15.07. in Skopje

8. POLEN (A. Moeller)

8.1. Organisationsentwicklung

10 Beschäftigte eines Unternehmens können in Polen eine Gewerkschaft gründen. Diese Möglichkeit wurde reichlich genutzt - es gibt etwa 2000 von ihnen.

Bedeutend sind Solidarnosc (S") und die ehemals kommunistische OPZZ. Beide behaupten, etwa 1,7 Mio Mitglieder zu zählen; ob Zahlende, vermag keiner recht festzustellen.

In allen größeren und staatlichen Unternehmen sind beide mit Betriebskommissionen präsent. Auf der nächsten Stufe gibt es Regionalstrukturen. In Danzig (S") und Warschau (OPZZ) sind die Landeskommissionen beheimatet.

Lediglich ein Schattendasein führen die 16 - 19 Branchengewerkschaften. Dies ist für die internationale Zusammenarbeit ein Hemmnis. Es fehlen zum Teil die Mittel, Berufssekretariaten beizutreten. Die bilaterale Kooperation wird erschwert durch den Mangel an Mitarbeitern und technischer Infrastruktur.

Die Vorsitzenden dieser Branchen müssen allein für ihre Inlandsarbeit einen atemberaubenden Arbeitseinsatz vollbringen.

Stark eingeschränkt ist auch der Aktionsradius der Landesvorstände. Sie erhalten nur einen geringen Teil der Einnahmen (der weitaus größte Batzen Geld bleibt bei den Betriebskommissionen (bei der S" sind es 60%). Damit ist es schwierig, Experten zu beschäftigen, Konzeptionen zu entwerfen, Datenbanken zu errichten, überregionale Schulungen durchzuführen etc. Seit Anfang 1995 gibt es bei S" einen Streikfonds - ein erstes Einlenken der gerade vor Wahlen starken BK, denn die Überdemokratisierung der S" zwingt die Kandidaten, sich von der untersten Ebene an zur Wahl zu stellen.

Einen durchaus aktiven Eindruck - und hier muß ich mich selbst korrigieren - machen die meisten der 39 Regionalvorstände der S". Hier werden Informationen über Betriebe ausgetauscht, findet Beratung statt, werden Seminare durchgeführt,

gibt es Zusammenarbeit bei der Regionalentwicklung, werden Umschulungen angeboten, betreibt die S" lokale Rundfunksender und Zeitungen, entwickelt sich ein betriebsübergreifendes Wir-Gefühl.

Zunehmende Bedeutung könnten die Regionen bald erhalten. Immer mehr Polen arbeiten in kleineren und mittleren Unternehmen, in denen es keine Gewerkschaften gibt. Bei weiterer Privatisierung nimmt somit der Organisationsgrad ab. Möglicherweise tun sich hier neue Aktionsfelder auf.

Die vorhandenen organisatorischen Mängel werden von S" erkannt. Die Mehrheit der Entscheidungsträger hofft jedoch auf bessere Zeiten auch ohne strukturelle Veränderungen. Um Anstöße und Anregungen zu geben, hat die FES durch den internationalen Experten Roger Briesch einen Bericht vorlegen lassen, der z.Zt. in den Spitzengremien diskutiert wird.

Beim Wahlkongreß Mitte Juni 1995 in Danzig wird S" wohl feststellen, daß die Mitgliederzahl weiter rückläufig ist. Dann dürfte sich Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit als ein wichtiger Schwerpunkt der Aktivitäten herauskristallisieren.

Ausländischen Beobachtern fällt immer wieder auf, daß S" noch kein eindeutiges Selbstbild als Gewerkschaft hat und dementsprechend oft wie eine Bewegung handelt, so wenn sie z.B. einen eigenen Verfassungsentwurf vorlegt, anstatt sich auf arbeits- und sozialpolitische Forderungen zu beschränken.

Ende 1995 gibt es in Polen Präsidentschaftswahlen. S" schließt im Februar mit der rechtskonservativen KPN ein Bündnis, um eventuell gemeinsam mit Lech Walesa und klerikalen Kreisen ein Gegengewicht gegen die postkommunistische Linke aufzubauen. Wie sich dieses Abenteuer weiterentwickelt, bleibt abzuwarten.

8.2. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Von den fünf sog. kleinen Tigern der MOE-Länder hat Polen das höchste Wirtschaftswachstum. Eine nennenswerte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist allerdings nicht erkennbar. Zum einen fehlt es schlicht an Geld, zum anderen können sich die Verantwortlichen nicht auf einen gemeinsamen Ansatz einigen. Die Regierung will mit den exorbitant hohen Sozialabgaben Haushaltslöcher stopfen – S" favorisiert das deutsche Modell.

So wie in den Ländern der Dritten Welt fordert daher S" in einer gemeinsam mit dem IBFG abgehaltenen Konferenz die "Soziale Dimension der Entwicklung". Die dabei vorgelegte griffige Formel lautet "4x5" – bis zum Jahr 2000 sollen erreicht werden: 5% Wachstum – 5% Inflation – 5% Arbeitslose – 5% mehr Lohn.

Theoretisch interessant scheint der Tripartismus. Nach anfänglichen Schwierigkeiten – S¹ wollte als einzige Gewerkschaft präsent sein – gibt es jetzt die folgende Zusammensetzung von je einem Fünftel Regierungs- und Arbeitgebervertreter und drei Fünftel Gewerkschaftern. Bisher wurden hier häufiger Lohnabschlüsse diskutiert; wesentliche politische Entscheidungen sind während der Regierung Pawlak eher verhindert worden.

8.3 Privatisierung

Bei der Privatisierung steht Polen mit 60% der Beschäftigten und einem Wirtschaftsanteil von 55% an zweiter Stelle der MOE-Staaten. Ohne die Politik des Verzögerns durch die – gerade zum Abdanken gezwungene – Regierung Pawlak wäre dieser Prozeß noch weiter vorangeschritten.

Die Gewerkschaften stehen mitten in einem Aktionsdreieck. Daraus resultieren einige Interessenkonflikte.

Das Aktionsdreieck besteht auf der einen Seite aus großen staatlichen Unternehmen. Hier sind die Kräfte noch relativ stark, die aus Angst vor einem Abbau von Arbeitsplätzen und auch aus Sorge vor stärkerer beruflicher Belastung alles beim alten lassen möchten.

Die zweite Seite sind nationale und internationale, privatisierte und private Konzerne. In den meisten Fällen begrüßt eine klare Mehrheit der Gewerkschafter mittlerweile diese Art von Unternehmen. Diskutiert wird über eine angemessene Beteiligung der Belegschaft am polnischen Kapital und über den Grad so wie Art und Weise einer Mitbestimmung. Die radikalste Forderung ist die völlige Überschreibung aller Werte aller staatlichen und ehemals staatlichen Betriebe auf die Bevölkerung. Im Normalfall werden Anteilsscheine im Wert von 10 – 25 Prozent an die Mitarbeiter ausgegeben.

Auf der dritten Seite unseres Aktionsdreiecks stehen die kleinen und mittleren Privatunternehmen. Das wirtschaftliche Wachstum von knapp 5% im vergangenen Jahr wäre ohne diese Unternehmen nicht denkbar gewesen. Hier ist gewerkschaftlicher Einfluß jedoch so gut wie nicht vorhanden.

Mein Wunsch an unsere Konferenz ist es, für diesen dritten Bereich bereits bekannte und realisierte Ideen, Ansätze, Strategien etc. kennenzulernen und gemeinsam nach neuen Wegen zu suchen.

8.4. Tarifaufonomie

Seit dem 1. Januar d.J. ist ein neues Gesetz über Tarifaufonomie in Kraft. Es wird durch das Arbeitsgesetzbuch geregelt, welches z.Zt. in allen Bereichen überarbeitet wird.

Die Tarifaufonomie ermöglicht Tarifvereinbarungen auf Betriebs-, Regional- und Landesebene.

Dabei ergeben sich zwei zentrale Schwachstellen. Zum einen sind die Arbeitgeberverbände noch nicht als starke Ansprechpartner vorhanden; zum anderen sind die Branchengewerkschaften nicht voll funktionsfähig.

Dies birgt die Gefahr von Betriebsvereinbarungen, die mit einer weiteren Schwächung der Gewerkschaftsbewegung einhergehen könnte.

Zu sehen ist allerdings auch die Chance, daß die über 2000 Kleinstgewerkschaften von den besser ausgebildeten, national agierenden Gewerkschaften aufgesogen werden können.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß in diesem und im nächsten Jahr der eindeutige Schulungsschwerpunkt bei den Gewerkschaften das Thema Tarifverhandlungen sein wird.

Die deutschen Gewerkschaftskollegen sollten noch stärker als bis-her dafür gewappnet sein, in Polen ihre Erfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung zu stellen.

8.5. Internationale Integration

S¹ ist – im Gegensatz zur OPZZ – eine international anerkannte Gewerkschaft und Mitglied beim IBFG und dem WVA. Neben den Deutschen kooperieren Dänen und Schweden, Schweizer, Franzosen und Belgier, Amerikaner und Kanadier mit ihr.

OPZZ sucht internationale Kontakte und ist wohl hauptsächlich deshalb Mitglied beim WGB.

Durch die finanziell und personell schwache Basis der S¹-Branchen-gewerkschaften (monatliche Einnahmen liegen unter DM 2.000.-) wird deren Präsenz bei den Berufssekretariaten erschwert. Das hilft zu-mindest indirekt der OPZZ. Das Berufssekretariat der Bauarbeiter hat 1994 beide Branchen gleichzeitig als Mitglieder aufgenommen.

Eine noch bedeutendere Anerkennung erhält die OPZZ 1995 durch die Europäische Union. Diese stellt bis Ende 1996 über das Europäische Gewerkschaftsinstitut zwei Mio ECU für den sog. Sozialen Dialog zur Verfügung. Die Verteilung wird wie folgt

geregelt: Das polnische Arbeitsministerium erhält das Geld, und gründet damit die Stiftung "Sozialer Dialog". Diese teilt die verbliebenen Mittel den Arbeitgeberverbänden, der S" und der OPZZ zu. Während wir Ende März in Budapest sind, findet in Warschau eine gemeinsame Konferenz von S" und OPZZ statt, wo das Prozedere geklärt werden soll. Wie schmerzhaft dies für S" ist, bedarf keiner Erläuterung.

(Keine Anekdote. Die Weltbank hat 1994 der polnischen Regierung 100 Mio \$ für Bildung zugesagt. Das Arbeitsministerium verzichtete auf seinen Anteil von 20 Mio \$, da es keinen Bedarf sähe.)

Für zu gering halte ich die Kontakte der MOE-Gewerkschaften untereinander. Möglicherweise spiegelt sich hier die Politik der je-weiligen Regierungen wider, die eher von Konkurrenz- denn von Kooperationsdenken geprägt zu sein scheint.

Ein sympathischer Ansatz ist die Idee der Euroregionen. Hanjo Luccassen (DGB Sachsen) und mein Kollege Pumberger (CR) haben unter Einbeziehung der polnischen Region Jelenia Gora eine gewerk-schaftliche Drei-Länder-Kooperation realisiert, die beispielhaft ist.

Ein ähnliches Projekt der Kooperation Vorpommern-Stettin-Malmö verfolgt engagiert Peter Deutschland (DGB Mecklenburg-Vorpommern). Wir hoffen, in diesem Jahr ein gutes Stück weiterzukommen.

Aktiv setzt sich Volker Kulle (DGB Frankfurt/Oder) für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein; die polnische Seite reagiert leider äußerst zögerlich.

Gut entwickeln sich gewerkschaftliche Regionalpartnerschaften.

Auf Wunsch von Christiane Bretz (DGB Berlin/Brandenburg) haben wir den Kontakt zwischen Berlin und Warschau hergestellt. Darmstadt und Plock führen wechselseitig Seminare durch, Beziehungen zwischen Danzig und Bremen, Katowice und Dortmund, Olstyn und Freiburg, Breslau und Dresden sollen in diesem Jahr folgen.

Das erfreulichste Kapitel im internationalen Bereich ist die bilaterale Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften. In einigen Sparten ist sie so gut gediehen, daß beide Seiten bereits von traditionellen Kontakten sprechen. Besonders aktiv sind die IG Metall, IG Chemie, GEW und ÖTV. Andere Gewerkschaften beabsichtigen, ihre Beziehungen auszubauen. Allen Kollegen ein herzliches Dankeschön.

Auswahl aus aktuellen Seminarthemen

Polen 1994

Tarifverhandlungen bei der Post. Praktische Ausbildung und Teilnahme daran in Deutschland.	DPG
Gewerkschaftsstruktur, Privatisierung, soziale Sicherung und Arbeitslosigkeit.	R. Reibsch IG Chemie
Europäische Energiepolitik	M. Warda, IGBE
Internationale Erfahrungen bei der Privatisierung der Post und Telekom.	R. Johanning DPG
Aufgaben und Ziele der polnischen Metallgewerkschaft.	H. Koch IGM
Privatisierung der polnischen Holz- und Möbelindustrie.	B. Römer, GHK F. Schmidt
Arbeitsbedingungen der Gewerkschaft in Hochschulen.	G. Köhler GEW
Globalisierung, neue Produktionskonzepte, regionale Veränderung - brauchen Gewerk. einen neuen Internationalismus?	H. Rappe IG Chemie
Sicherung moderner Postdienst	DPG
Gewerkschaftsarbeit bei Siemens- Unternehmen in Polen.	IGM
Innergewerkschaftliche Demokratie.	GEW
Die Gewerkschaftsarbeit bei Shell.	IG Chemie
Mitgliederwerbung.	D. Wunder, GEW
Arbeit der Betriebsräte.	IGM
Strategien der Textilgewerkschaften in West- und Mitteleuropa.	W. Arens IG Textil-B.
Gewerkschaftsarbeit in Schulen.	D. Wunder, GEW
Betriebsratsarbeit bei Opel.	IGM
Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.	ÖTV
Arbeit von Gewerkschaftsjournalisten.	K. Arlt, DGB
Ausbildung von Gewerkschaftstrainern.	A. Braun, ÖTV

RUMÄNIEN (E. Sabiel)

9.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

Gut zwei Jahre nach dem Amtsantritt des Minderheitenkabinetts Vacaroiu muß festgestellt werden , daß der **Reformprozeß** weiter vor sich hindümpelt . Eine Hinwendung zur " Sozialen Marktwirtschaft " wurde nach wie vor nicht eingelöst . Im August 1994 fand eine Regierungsumbildung statt : zwei Vertreter der PUNR (Partei der Rumänischen Nationalen Einheit) wurden in das Kabinett aufgenommen , und übernahmen das Landwirtschafts - und das Kommunikationsministerium .

Die **Opposition** ist zerstrittener den je , und nach den jüngsten internen Machtkämpfen an politischen Alternativkonzepten wenig oder gar nicht interessiert .

Da auch die **Gewerkschaften** in erster Linie eigene politische Interessen verfolgen , kommt es zu ständigen Auseinandersetzungen mit der Regierung . Erinnern wir uns , daß gerade die Bergarbeiter in der Vergangenheit wiederholt als Ordnungskraft seitens der Regierung in die Hauptstadt gerufen wurden . Auch 1994 haben sich die Bergarbeiter mit Gewaltandrohungen und Hungerstreiks Gehör verschafft . Der Nationale Verband der Freien Gewerkschaften , CNSLR-Fratia steht nach wie vor vor einer Zerreißprobe .

9.2 Organisationsentwicklung

Die Gewerkschaftsszene in Rumänien ist hoffnungslos zersplittert . Das tiefe Zerwürfnis zwischen den beiden Vorsitzenden der größten Konföderation , CNSLR - Fratia , Victor Ciorbea und Miron Mitrea , sorgte verständlicherweise an der Basis für erhebliche Unruhe und disqualifizierte die Gewerkschaften als seriöse Gesprächspartner beim Aufbau einer Sozialpolitik . Überhaupt befindet sich die rumänische Regierung in einer ständigen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften - und dies bereits seit der Wende 1989 . Mitrea hat die Konföderation verlassen , und ist stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei PDSR geworden . Victor Ciorbea gründete Ende Oktober in Bukarest den Demokratischen Gewerkschaftsbund Rumäniens ' (CSDR) .

Eine klare Vorstellung über die Rolle von Gewerkschaften gibt es nach wie vor in Rumänien nicht . Insgesamt spricht man von ca 5 Millionen organisierten Arbeitnehmern . Diese Mitgliederzahl kann jedoch angezweifelt werden , da niemand verpflichtet ist genaue Mitgliederzahlen zu veröffentlichen . Aus dem Konzert der zahlreichen Einzelgewerkschaften und Konföderationen möchte ich vier Gewerkschaftsbünde herausgreifen , die auch berechtigt sind Tarifverhandlungen zu führen :

- **CNSLR - Fratia** :der Nationale Verband der Gewerkschaften ist eine Nachfolgeorganisation der alten kommunistischen Gewerkschaften mit ca zwei Millionen Mitglieder . Die CNSLR verfügt nach wie vor über das Vermögen des alten Gewerkschaftsapparates . Mitte Juni 1993 schloß sich dieser Bund mit dem im Januar 1990 gegründeten Gewerkschaftsverband Fratia zusammen . Beide

Gewerkschaftsverbände sprechen von einer Gesamtmitgliederzahl von ca 2,8 Millionen Mitglieder . Die Mitgliederzahl schwankt , da nach dem Gründungskongreß der CSDR zahlreiche Einzelgewerkschaften den Bund CNSLR – FRATIA verlassen haben und dem CSDR beigetreten sind . Neugewählter Vorsitzender :P. Todoran . Der Beobachterstatus der CNSLR – FRATIA beim Europäischen Gewerkschaftsbund wurde suspendiert . Die Mitgliedschaft beim IBFG besteht fort

– **CSDR** : Ende Oktober 1994 wurde dieser Gewerkschaftsbund in Bukarest gegründet . Zum Vorsitzenden wurde erwartungsgemäß Victor Ciorbea gewählt , eine integere und überzeugende Persönlichkeit . Zu seinem Stellvertreter wurde D. Colceag gewählt . Colceag ist gleichzeitig Vorsitzender der Gewerkschaftsföderation für Nahrung und Lebensmittel ; Ciorbea hat dem neuen Gewerkschaftsbund selbstverständlich auch die von ihm geführte Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft eingebracht ! Ciorbea spricht von einer Mitgliederzahl von z. Z. 700.000 .

– **BNS** : der Gewerkschaftsverband BNS (Nationaler Gewerkschaftsblock) wurde im Spätherbst 1991 auf der Grundlage von elf Föderationen gegründet . Seine Mitgliederzahl gibt er mit 750.000 an ; einige der ihm angeschlossenen Föderationen sind Mitglied in Internationalen Berufssekretariaten : so u.a. die Hafentarbeiter , Post – und Telekommunikation sowie Textil und Leder . Auch im BNS gab es personelle Auseinandersetzungen , die den Rücktritt des seinerzeitigen Vorsitzenden Brateanu zur Folge hatte. Derzeitiger Vorsitzende Dumitru Costin .

– **CARTEL – ALFA** : acht Föderationen sind in diesem Gewerkschaftsbund vertreten , der 1990 gegründet wurde . Zu den Föderationen gehören : Petroleum – und Chemiewerker , Elektrotechnik , Bergarbeiter sowie metallverarbeitende Betriebe . Auch dieser Verband hat interne Auseinandersetzungen gehabt , sowie ein Liebäugeln mit verschiedenen politischen Parteien . Derzeitiger Vorsitzende : Bogdan Hossu , der nach unserem westlichen Verständnis ein " gestandener Gewerkschaftskumpel " ist !

9.3 Wirtschafts – und Arbeitsmarktpolitik

In den letzten Wochen des Jahres 1994 gingen Tausende von rumänischen Arbeitern auf die Straße , um den Rücktritt von Ministerpräsident Vacaroiu zu fordern , den sie für die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes verantwortlich machen . Im Westen des Landes, in Arad und in Resita , wurden in den maroden Betrieben und Unternehmen seit Monaten keine Gehälter und Löhne an die Angestellten und Arbeiter gezahlt . Die Arbeitslosenquote erreichte zum Jahresende 1994 , 10,8 % .

Immer wieder werden Zweifel am Reformprozeß in Rumänien laut . Dem Kabinett Vacaroiu kann der Vorwurf nicht erspart bleiben , daß es ein weiteres Jahr verstreichen ließ , ohne einschneidende Veränderungen im Bereich der Wirtschaft , vor allem in Richtung Privatisierung . Das eigentliche Privatisierungsgesetz wurde

noch von der Regierung Petre Roman im Parlament durchgeboxt aber erst jetzt , zum Jahresende , hat der Senat nach langen Debatten den umstrittenen Gesetzentwurf über die Massenprivatisierung verabschiedet ! Was heißt " Massenprivatisierung " ? 1992 wurden gratis an die Bevölkerung Eigentumsgutscheine ausgegeben ; diese wurden in Ermanglung einer Wertpapierbörse auf dem Schwarzmarkt gehandelt bzw. abgestoßen . Der jetzt verabschiedete Nachtrag sieht die Verteilung zusätzlicher Eigentumszertifikate vor , die auch gegen Aktien von 3.000 Staatsbetrieben eingetauscht werden können .

Es herrscht ein gemächliches Reformtempo in Rumänien . Aber nach fünf Jahren laufenden Defizits – welcher immer wieder aus dem Staatshaushalt ausgeglichen wurde – stehen die meisten Staatsbetriebe vor dem Bankrott . Die Regierung argumentiert , daß eine Privatisierung im großen Maßstab auf Grund sozialer Erwägungen ausgeblieben sei . Natürlich würde sich die Arbeitslosenquote drastisch erhöhen , würden die unrentablen Betriebe geschlossen ; es sei daran erinnert , daß in Rumänien Arbeitslosenhilfe nur für 6 Monate gezahlt wird . Die Mindestlöhne werden nur stufenweise angepaßt (im Herbst betrug der durchschnittliche Nettolohn 160.000 Lei , das heißt sie stiegen um 104 % im Vergleich zu demselben Monat des Vorjahres) Auch sei an dieser Stelle erwähnt, daß rund 70 % der Rumänen hart an der Armutgrenze leben .

9.4 Bisherige Kooperation mit der FES

Die Vertretung der FES in Rumänien wurde offiziell im Dezember 1994 eröffnet . Trotz zahlreicher widriger Umstände wurden im vergangenen Jahr insgesamt 7 gewerkschaftliche Maßnahmen in Rumänien und für Rumänen in Deutschland durchgeführt .

Vier Veranstaltungen mit der gewerkschaftlichen Konföderation CNSLR – FRATIA , zwei mit der Gewerkschaftskonföderation BNS sowie eine mit dem neu gegründeten Gewerkschaftsbund CSDR .

- **Gewerkschaft und Sozialdemokratie** , Veranstaltung in Kooperation mit BNS und CNSLR – FRATIA im März , Bukarest
- **Struktur der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit** , Ausbildungsseminar in Kooperation mit CNSLR – FRATIA im April , Biberach
- **Workshop Struktur und Aufbau demokratischer Gewerkschaften** in Kooperation mit CNSLR – FRATIA , im Mai , Timisoara
- **Seminar mit der Einzelgewerkschaft SANITAS** (Gewerkschaftskonföderation CNSLR – FRATIA) , in Kooperation mit der ÖtV , Juli , Mamaia
- **Gewerkschaft und Demokratie** , Gesprächskreisveranstaltung mit dem CSDR , November , Satu Mare
- **Ausbildungsseminar** mit der Einzelgewerkschaft Post und Romtelecom (BNS) , Dezember , Brasov
- **Seminar mit der Gewerkschaft der Hafentarbeiter** (BNS) , Dezember Constanta

9.5 Aktivitäten der Partner

Neben einzelnen dt. Gewerkschaften (DPG , ÖtV , IG – M , Bergbau) sind auch die amerikanischen und israelischen Gewerkschaften in Rumänien aktiv , allerdings hauptsächlich durch INFO – Einladungen nach Israel und in die USA . Auch Gewerkschaften aus Holland u. Dänemark treten gelegentlich auf. Erwähnt sei eine Veranstaltung der Hans – Böckler – Stiftung , die vom 29. 06. – 08. 07. in Timisoara und Sibiu zu dem Thema " Minderheiten , Migration und Systemwandel in Osteuropa " durchgeführt wurde . Es war ein Seminar mit HBS – StipendiatInnen , die an Rumänien interessiert sind . Überraschend war für Seminarbeobachter , daß William Totok (man erinnere sich : Autor des VOX – Dokumentarfilm ' über Rumänien , in dem die FES von Herrn Totok in eine neofaschistische Ecke gerückt wird) einer der Referenten war und wohl auch als Mit – Organisator fungierte .

10. RUSSISCHE FÖDERATION (U. Koch-Laugwitz)

10.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

Bei den Parlamentswahlen Ende 1993 und sämtlichen nachfolgenden Wahlen in Regionen und Munizipalitäten haben die russischen Gewerkschaften – alte wie neue – auf Seiten der Verlierer gestanden, unabhängig davon, auf welche Weise sich versucht haben, sich zu engagieren.

Der Aufarbeitung dieses Debakels innerhalb der Gewerkschaften kommt deshalb eine wesentliche Bedeutung zu.

Diverse Versuche – die allesamt noch ohne greifbares, positives Resultat verlaufen sind – lassen sich grob in zwei Kategorien einordnen:

- a) die traditionelle Variante; das Nachdenken über die Gewinnung von politischen Verbündeten, d.h. der Versuch zur Schaffung einer Gewerkschaftslobby im Parlament mit Hilfe einzelner Deputierter, fraktionsübergreifend; Abschluß von Verträgen zwischen einzelnen Gewerkschaften und Parlamentsfraktionen
- b) die Schaffung von eigenen politischen Strukturen; die Variante "Labour"-Partei

Die FNPR, Sozprof und bedeutende Einzelgewerkschaften haben in diesem Prozeß, mehr oder minder offen, bilateral taktiert.

Ein an sich vielversprechender Versuch der Bündelung von Gewerkschaftsinteressen nach Schema b) wurde durch die Amnestie für die "Oktober-Putschisten" und die damit verbundenen Rückkehr von A. Ruzkoi frühzeitig zu Grabe getragen.

Angesichts der innerorganisatorischen Verwerfungen im Lager der Sozialdemokratie im vierten Quartal und der gescheiterten Konferenz in Tomsk Ende November 94 bleibt hinter der weiteren Entwicklung ein großes Fragezeichen, mit der Konsequenz, daß im Fall von regulären Parlamentswahlen Ende dieses Jahres in Anbetracht des Wahlrechtes, der unausgeräumten Eifersüchteleien zwischen Gewerkschaftsvorsitzenden, der wahrscheinlichen Themen des Wahlkampfes usw. viel für die Variante a) spricht.

Ausgehend vom bescheidenen Niveau der Vorjahre war 1994 ein weiterer, deutlicher Rückgang der industriellen Produktion zu verzeichnen, mit besonderer Schärfe in der Leichtindustrie und im Maschinenbau.

Am 30. Juni endete die sog. "Voucherprivatisierung", in deren Verlauf 11.000 Betriebe bzw. etwa 70 Prozent der russischen Industrie *formal* privatisiert wurden. Gleichzeitig begann – durch präsidentiellen Ukas – die Phase der eigentlichen Privatisierung. Personalpolitische Auflagen, z. B. Stellenabbauverbote, die den Firmen im ersten Privatisierungsschritt gemacht worden sind, laufen zum Jahresende 1994 aus, so daß mit weiteren Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zu rechnen ist.

Im April wurde in der "Dreiseitigen Kommission" erneut eine Generalvereinbarung unterzeichnet, die über das Formulieren relativ unkonkreter Absichtserklärungen leider nicht hinauskommt und mehr Aufforderungs- denn Regelcharakter hat.

Traditionell ist die Generalvereinbarung auch eine Richtschnur für Branchenabkommen usw. 1994 wurden aber nur noch 48 Branchenlohnvereinbarungen abgeschlossen. Die Zahl der betrieblichen Kollektivvereinbarungen ist stark rückläufig; in etwa einem Drittel der Betriebe gab es 1994 überhaupt keine Vereinbarung mehr. Dafür sind hauptsächlich drei Faktoren verantwortlich: die absolute Unverbindlichkeit der Generalvereinbarung, die Weigerung vieler Direktoren, in Verhandlungen einzutreten, die desolante finanzielle Lage vieler Unternehmen.

Auf Initiative des Präsidenten wurde am 28. April mit der Unterzeichnung des "Vertrages über die gesellschaftliche Eintracht" begonnen. Im Vertragstext verpflichtet sich z.B. die Regierung, die Inflation zu senken, ein neues Steuersystem auszuarbeiten, zur Begleichung der Lohnschulden, zur aktiven Sozialpolitik. Die Gewerkschaften verpflichten sich, an Organisation und Durchführung von Streiks mit dem Ziel der Umverteilung der Haushaltsmittel, der Zuschüsse und Privilegienverteilung bei staatlicher Kreditvergabe an einzelne Branchen und Regionen nicht teilzunehmen....

31 der 42 Mitgliedsgewerkschaften der FNPR, Sozprof usw. unterzeichneten den Vertrag, nach teilweise heftigen inneren Debatten.

Parallel zeichnete sich ein beginnender Wandel der Arbeitsbeziehungen, insbesondere auf der Betriebsebene, ab.

Im Berichtszeitraum haben kollektive gewerkschaftliche Handlungen und Streikaktivitäten ihre bisherige äußerliche Einheit verloren.

Spontane Konflikte auf dem Niveau der Betriebe bzw. auf der lokalen Ebene haben zugenommen, die Gewerkschaftszentralen haben entsprechend an koordinierendem Einfluß verloren, z. T. haben die Führungen unter Druck der Grundorganisationen bzw. von Mitgliedsgewerkschaften ihre Positionen verändern müssen.

Die strikte äußere politische Neutralität, der sich die neue FNPR-Führung der Regierung gegenüber verpflichtet hatte, ist dafür ein hervorragendes Beispiel.

Waren viele Konflikte in der Vergangenheit eher von korporativen Charakter (Arbeitnehmer & Direktor gegen das Fachministerium) nehmen jetzt Konflikte nach dem Schema "Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber" zu

Allerdings ist dieses Phänomen nicht auf die traditionellen Gewerkschaften beschränkt. Die NPG-Führung, die ihre politische Position immer auf der Seite der "Reformer" und des Präsidenten Jelzin definiert hat, erlebte gegen ihren Willen, – insbesondere in Workuta, aber auch im Kusbaz – , lokale Aktionseinheiten von traditioneller und neuer Bergarbeitergewerkschaft.

Am landesweiten Aktionstag der FNPR und bei zahlreichen lokalen Aktionen gab es entsprechend neben ökonomischen Forderungen der Gewerkschaftskomitees auch politische Forderungen – i.d.R. den Rücktritt von Regierung und Präsident beinhaltend.

Für beide Teile der russischen Gewerkschaftsbewegung bedeutet dies, zusammengenommen, wiederum eine Wendemarke:

- für die FNPR, verglichen mit Herbst 1993, in diesem Fall unter umgekehrten Vorzeichen, weil die Radikalität der Basis jetzt nicht die Führung übertrifft, sondern sie auch zu Positionveränderungen gezwungen hat.
- die neuen Gewerkschaften stehen vor der schwierigen Vereinigungsfrage.

Die jüngste Initiative dazu ("Konföderation der Arbeit") wurde im Oktober von der NPG initiiert. Erklärtes Ziel dieses Vorstosses ist, Branchengewerkschaften zu vereinigen, um ein stärkeres Gewicht zu bekommen und sich besser von extremistischen (insbes. den stark zunehmenden ultranationalistischen) Gewerkschaftsentwicklungen absetzen zu können. Diese Konföderation der Branchen würde Sozprof nur erlauben, ihre regionalen Branchenorganisationen einzubringen, die Führung von Sozprof aber zur Bedeutungslosigkeit stempeln. Entsprechend war die Reaktion von Chramov, der Anfang des Jahres vergebens versucht hatte, viele neue Gewerkschaften unter "seinem" Dach zu versammeln. Der NPG-Vorschlag wird z.Zt. von den Hüttenarbeitern, den maritimen Gewerkschaften, den Piloten, Eisenbahnern und Fluglotsen unterstützt.

Die mit dem Anwachsen spontaner Aktionen und mit unerwünschten Kooperationen von traditionellen wie neuen Gewerkschaften auf der untersten Ebene einhergehende, wachsende Sorge des Kontroll- bzw. Machtverlustes der zentralen Führung einerseits und der wachsende Druck der Mitgliedsgewerkschaften nach landesweiten Aktionen andererseits, führte innerhalb der FNPR zur Idee eines landesweiten Protesttages; (gegen den sinkenden Lebensstandard, gegen die Verschlechterung der sozialen Situation, gegen verspätete Lohnzahlungen, gegen drohende Massenarbeitslosigkeit usw.)

Am 27. Oktober 94 haben sich etwa 8 Millionen Menschen, in 73 Regionen, nicht nur aus der FNPR an diesem Aktionstag beteiligt.

Dies bedeutet zahlenmäßig die größte Demonstration der Gewerkschaften in den letzten 70 Jahren.

Mit diesem Aktionstag hat sich die FNPR relativ eindrucksvoll auf der gesellschaftspolitischen Bühne zurückgemeldet. Sie konnte ihre – von vielen bezweifelte – organisatorische Kräfte und Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis stellen, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Massenmedien für ihre Forderungen mobilisieren. Im Anschluß an den Aktionstag fanden zahlreiche Gesprächsrunden

zwischen Vertretern der FNPR und regionalen Administrationen statt. z.T. begann man sogar mit der Auszahlung der Lohnrückstände.

Gleichzeitig sind aber die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der FNPR deutlich ans Tageslicht getreten; z.B. mußten aus der für die Moskauer Kundgebung vorbereiteten Resolotion am Vorabend des 27.10. auf Druck der Grundorganisationen alle Passagen über die Sozialpartnerschaft gestrichen werden.

Das innerorganisatorische Reformprogramm, mit dem die erneuerte FNPR-Führung im Herbst 1993 angetreten war, konnte bis auf den ersten Schritt der Gleichstellung von Territorial- und Branchenorganen nicht verwirklicht werden.

Auch wenn M. Shmakov es ohne jeden Zweifel geschafft hat, die Apparatinteressen in seiner Organisation hinreichend zu befriedigen, so daß selbst die Regierung immer wieder erklärt, daß sie diesen alten Strukturen näher steht und am Gewerkschaftspluralismus kein Interesse hat, so ist es ihm nicht gelungen, die krisenhafte Binnenentwicklung zu stoppen.

Shmakov selbst tendiert mittlerweile stark zu einer Reorganisation der FNPR in Richtung *Rezentralisierung*.

Die Tatsache der zunehmenden inneren Meinungskonflikte und andere Widersprüche, als Bestandteile der krisenhaften Binnenentwicklung, dürften dadurch aber eher beschleunigt voranschreiten.

Innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften der FNPR gibt es bezogen auf die innere Reform ein differenziertes Bild. In der Gewerkschaft der Öl-, Gas- und Bauarbeiter dürfte der Versuch einer "Reform von oben" gescheitert sein. Regionale Gewerkschaftsgremien kooperieren frei und unabgestimmt mit regionalen Administrationen, die Streikbewegungen in der Branche haben gezeigt, daß z.Zt. keine Kontrolle und Einwirkungsmöglichkeiten der zentralen Ebene mehr bestehen. Anders bei der traditionellen Bergarbeitergewerkschaft. Vermutlich unter dem Druck einer populären und erfolgreichen Konkurrenzorganisation haben sich hier Reformschritte beschleunigt verwirklichen lassen. Die Aktionsbündnisse der beiden Gewerkschaften "vor Ort" machen dabei der NPG eindeutig zu schaffen.

Nachdem die neue Duma in den ersten hundert Tagen ihrer Existenz kein einziges Gesetz verabschiedet hatte, haben nach der Sommerspause die Beratungen über eine Neuordnung der Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzgebung begonnen.

Die von federführenden Arbeitsministerium vorgelegten Entwürfe bedeuten aus der Sicht aller Gewerkschaften gravierende Verschlechterungen. Einzig der Entwurf für ein neues Gewerkschaftsgesetz hat die Hürde der ersten Lesung im November passieren können, da er die Interessen der traditionellen Gewerkschaften hinreichend zu berücksichtigen scheint.

In wesentlichen Punkten der Neuordnung des Arbeitsrechtes verweigern sämtliche Gewerkschaften ihre Mitarbeit in den Dumakomitees.

10.2 Bisherige Kooperation mit der FES

Die FES ist im Rahmen ihrer Gewerkschaftskooperation mit russischen Partnern weiterhin bilateral verfahren, d.h. es bestehen einige Regional- und Branchenkooperationen mit eigenständigen Bildungsprogrammen.

Zentrale FES-Veranstaltungen werden unter Beteiligung aller relevanten Dachverbände organisiert.

Im Rahmen des Projektes fanden u.a. folgende Maßnahmen statt:

Besuchsprogramm für Vertreter der interregionalen Assoziation der Chemiegewerkschaften zur Privatisierung und Restrukturierung der Branche in Ostdeutschland, im Febr.

Seminar zur Reform des gewerkschaftlichen Aktionsprogramms der interregionalen Assoziation der Chemiegewerkschaften, im Febr.

Seminare über "Mitbestimmung", mit Experten vom DGB in Jekaterinburg und Tscheljabinsk, im Febr.

Seminar über "Arbeitsrecht" mit Experten der IG Metall in Jekaterinburg im März

Workshop "Gewerkschaften am Scheideweg" mit IBBH-Experten in Moskau, im April

Betriebsberatungsprojekt für "Tulachermet" (Hüttenarbeitergewerkschaft) mit dem Betriebsrat Klöckner AG, im Mai und Oktober

Seminar "Betriebswirtschaft" für Gewerkschafter aus privatisierten Unternehmen in Jekaterinburg im Mai

Seminar "Tarifverhandlungsstrategien" in Jekaterinburg im Juni

Osteuropäische Arbeitsrechtskonferenz, mit Experten aus Tschechien, Ungarn, Polen und Deutschland, in Moskau, im September

Konferenz "soziale Sicherung" mit der HBS, im September in Wladimir

Seminar "Denkmodell I, Erklären und Sprechen", im Oktober in Wladimir

Informationsprogramm für die Hüttenarbeitergewerkschaft beim Stahlbüro und der HBS, Düsseldorf

Seminar mit "Solidarnost" über "Gewerkschaften in der Marktwirtschaft" im November in Perm

Informationsprogramm für die Gewerkschaft der Moskauer Metroarbeiter (Sozprof) bei der ÖTV, Berlin, Dezember

Studie über "Kollektivhandlungen und politische Aktivitäten der Gewerkschaften"

Studie über "Gewerkschaften in privatisierten Betrieben"

Studie "Typologie von Arbeitskonflikten"

11. SERBIEN-MONTENEGRO-KOSOVO (P. Scherrer)

a) Serbien

Der Vorstand der Gießereiarbeitergewerkschaft seit acht Tagen im Hungerstreik, Gewerkschaftsvorstand im Motorenwerk "21.Mai" in Rakovica im Hungerstreik, 10 Arbeiter bei Ikarus - FAO im Hungerstreik, streikende Arbeiter blockieren Autobahnen, so lauteten die Schlagzeilen in der unabhängigen Gewerkschaftspresse 1994. Die wirtschaftliche und soziale Krise, in der sich Serbien befindet, hat sich im vergangenen Jahr weiter verschärft.

Anfang des Jahres versuchte die Miloseviè - Regierung durch Einführung des Super - oder Novi - Dinars die rasende Inflation des Vorjahres (Dezember _93 23000%) in den Griff zu bekommen. Der Novi - Dinar wurde und wird strikt an die DM gekoppelt (Kurs 1:1). Die Löhne wurden drastisch gesenkt, im Frühjahr _94 erhielt ein Durchschnittsverdiener 30 Dinar. Z. Zt liegt der Mindestlohn bei ca. 120 Dinar.

Die zunächst erfolgreiche Fixierung des Dinar auf die DM hielt aber nur bis zum Sommer _94. Seit einigen Monaten existiert wieder ein florierender Schwarzmarkt, eine DM wird mit ca. 1,80 Dinar gehandelt. In zahlreichen Betrieben sind z.T. 80 - 90 % der Belegschaft im sog. Zwangsurlaub. Durch das UN-Embargo sind insbesondere bei den Großbetrieben der Metall-, Textil- und Chemieindustrie die Handelsbeziehungen abgebrochen. An die Beschäftigten (einschließlich der Zwangsbeurlaubten) werden nur die Minimallöhne, bzw. geringfügig höhere Löhne ausgezahlt. Teilweise sind die Betriebe völlig zahlungsunfähig und mit den Lohnzahlungen um Monate im Rückstand.

Das Bild der gewerkschaftlichen Landschaft wird im wesentlichen durch zwei Dachverbände bestimmt. Auf der einen Seite befindet sich die regierungstreue "Autonome Gewerkschaftsvereinigung Serbiens" (SSS) die, die beherrschende Organisation der Gewerkschaftskonföderation Jugoslawiens (SSSYU) ist. Auf der anderen Seite gibt es die unabhängige Gewerkschaftskonföderation UGS "Nezavisnost" (Unabhängigkeit).

Beim SSS handelt es sich um die Nachfolgeorganisation der alten Staatsgewerkschaft im ehem. Jugoslawien. Sie hat die weitaus größte Anzahl der Mitglieder, weil es vor der Zerstörung Jugoslawien obligatorisch war, Mitglied der Gewerkschaft zu sein. Nach wie vor wird der Beitrag zur SSS direkt vom Lohn abgezogen, bzw. durch den Betrieb an die Gewerkschaftszentrale überwiesen. Beim SSS handelt es sich um einen streng zentralistisch aufgebauten Verband. Tarifvertragliche Abkommen werden nicht durch Branchengewerkschaften, sondern durch den Dachverband SSS abgeschlossen.

Der SSS unterhält ebenso wie der SSSYU intensive Kontakte zu den Verbänden des Weltgewerkschaftsbundes und nahm an dessen Kongreß in Damaskus 1994 teil.

Unterstützung unterhielt der SSS insbesondere durch russische, griechische und französische (CGT) Gewerkschaften.

Der Dachverband UGS Nezavisnost wurde 1990 geschaffen, als Folge einer Reihe von Streiks in der Metall- und Textilindustrie und nach Entlassungswellen in den staatlichen Medien, sowie nicht zuletzt infolge der zunehmenden Unzufriedenheit eines Teiles der Funktionäre im SSS. Maßgeblich waren die Gewerkschaften der Journalisten, Metallarbeiter und der öffentlichen Verkehrsbetriebe an der Gründung von UGS Nezavisnost beteiligt. UGS Nezavisnost wird von der Regierung und der SSS in seiner Arbeit durch zahlreiche Repressalien behindert. Funktionäre von UGS Nezavisnost haben mit Schikanen am Arbeitsplatz (Lohnkürzungen, Versetzungen und Entlassungen) zu rechnen. In einigen Fällen wurden Nezavisnost Funktionäre unter fadenscheinigen Gründen inhaftiert. Durch die Medien werden sie als feindliche Agenten und unpatriotische "Verräter des Vaterlandes" gebrandmarkt.

Im Oktober '94 unterzeichneten der Vorsitzende des SSS, Tomislav Banović, Regierungsvertreter und die serbische Handelskammer ein Abkommen, welches ab sofort nur noch den "autorisierten Mehrheitsgewerkschaften" den Zugang zu materieller Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit durch die Betriebe gewähren sollte. Dies hätte zur Folge gehabt, daß in Hochburgen der Nezavisnost (Metall- und städtische Betriebe) die Arbeit kaum mehr möglich gewesen wäre. Die Direktoren der Betriebe haben dieses Abkommen aber nicht durchsetzen können, denn eine Eskalation der Konflikte wäre die unausweichliche Folge gewesen. Ohne materielle Unterstützung durch ausländische Organisationen (z.B. Soros - Foundation) ist eine Arbeit von UGS Nezavisnost auch heute nicht möglich, denn die ohnehin geringen Beitragsaufkommen (ca. 3 Dinar pro Mitglied, pro Monat) verbleiben zum großen Teil in den Lokal -

bzw. Betriebsorganisationen. Viele Mitglieder sind nicht imstande, regelmäßig ihren Beitrag zu bezahlen. UGS Nezavisnost unterhält seit seiner Gründung intensive Kontakte zu zahlreichen europäischen Gewerkschaftsorganisationen. UGS Nezavisnost ist Mitglied in Forum des EGB.

Neben diesen beiden Organisationen gibt es weitere unabhängige Betriebsgewerkschaften, insbesondere in Bergbau, in der Energieerzeugung und bei der jugoslawischen Eisenbahn. Diese Organisationen haben lediglich lokale, bzw. betriebliche Bedeutung. Sie konzentrieren sich auf betriebliche Forderungen, wie Lohnzahlungen, Wiedereinstellungen von "Zwangsbeurlaubten" und betriebliche Sozialleistungen. Einige von diesen Organisationen haben ein, wenn auch zurückhaltendes Interesse an der Mitgliedschaft in der UGS Nezavisnost angezeigt. Berücksichtigt man die Umstände (Kriegsfolgen, wie Embargo, Wirtschaftskrise, Inflation), unter denen gewerkschaftliche Arbeit momentan in Serbien stattfindet, so ist der wachsende Einfluß von UGS Nezavisnost umso erstaunlicher. Beim SSS, ebenso wie beim SSSYU kann nicht von authentischen unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen gesprochen werden. Es gibt zwischen dem SSS

und der Regierung keinerlei ernsthafte Konflikte, und dies, obwohl die Regierung der größte Arbeitgeber (90% der Betriebe) geblieben ist. Entlassungen, Beurlaubungen werden vom SSS mit der Wirtschaftskrise begründet für die wiederum das UN-Embargo verantwortlich gemacht wird. Der SSS hat sich so zum Erfüllungsgehilfen des Miloseviè-Regimes entwickelt.

UGS Nezavisnost hingegen, hat trotz aller Anfeindungen und Behinderungen durch Staat und SSS einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen (im Feb.95 schloß sich der Verband der Belgrader Brauereiarbeiter Nezavisnost an). Der aktuelle Mitgliederstand liegt bei ca. 150.000. Die wachsende Popularität von Nezavisnost führt bei der SSS zu internen Konflikten. Wiederholt forderten einige Branchen im SSS die Schaffung von tarifvertragfähigen Einzelgewerkschaften, was "natürlicherweise" den erbitterten Widerstand der "Zentralisten" im Dachverband hervorruft.

Eine Stärkung von UGS Nazevisnost kann so den Zerfall innerhalb der SSS beschleunigen. Vielen Beschäftigten ist deutlich geworden, daß es sich beim SSS um einen zahnlosen Papiertiger handelt, wenn es sich um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Rechte und Forderungen handelt. Mehr als in den meisten Staaten wird aber die politische Entwicklung Einfluß auf die Arbeit der Gewerkschaften haben. Das Miloseviè-Regime muß, um seine Macht zu festigen, das Kunststück vollbringen, gleichzeitig den "sozialen Frieden" zu wahren, wirtschaftliche und außenpolitische Erfolge zu liefern und eine, wenn auch schwache Opposition auszuschalten. Die Medien werden nahezu völlig durch die Regierung kontrolliert. Die Oppositionsparteien sind nach wie vor einflußlos und zerstritten. UGS Nezavisnost ist eine der wenigen oppositionellen Organisationen die über eine Struktur verfügt und eine, wenn auch bescheidene, Gegenmacht darstellt.

Bisherige Kooperation mit der FES

- | | |
|---------|--|
| 30.6.94 | – Informationsbesuch des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Montenegro, Bonn |
| Nov. 94 | – Druckkostenzuschuß: Handbuch für Gewerkschafter |
| Nov. 94 | – Materialhilfe an Gewerkschaften |
| Dez. 94 | – Materialhilfe für Bildungsinstitut serbischer Gewerkschaften |

b) Montenegro

Montenegro hat sich in der jüngsten Vergangenheit als zuverlässiger Partner der serbischen Politik erweisen, auch wenn die Beziehung nicht konfliktfrei verlief. In den ersten freien Wahlen zum montenegrinischen Parlament konnte die von Milosević gesteuerte Liga der Kommunisten, die sich später Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) nannte, einen überzeugenden Sieg erringen. Die DPS beherrscht die Medien bis auf wenige Ausnahmen, sie verfügt über den Besitz der ehem. KPJ (Parteihäuser, Geldmittel und logistische Infrastruktur). Die DPS gewann auch im Dezember '92 erneut die Wahlen (45 von 85 Sitzen).

Dennoch gibt es eine beachtliche Opposition gegen die pro-serbische DPS. Die Liberale Allianz Montenegros (LAM) ist die vehemente Verfechterin der Trennung Montenegros von Serbien. Sie tritt für eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreform ein.

Daneben gibt es noch eine Koalition der Sozialdemokratische Partei, die jedoch gegen eine sofortige und völlige Privatisierung der Wirtschaft eintritt, und stärker als die LAM die Erhaltung der sozialen Sicherung betont. Die Sozialdemokratische Koalition wendet sich gegen den Belgrader Zentralismus.

Während sich die Parteienlandschaft in Montenegro sehr vielfältig gestaltet, zeigt sich die Gewerkschaftswelt monolithisch. Der Bund der Autonomen Gewerkschaften Montenegros (SSSM) ist die Nachfolgeorganisation der jugoslawischen Staatsgewerkschaft. Der SSSM ist Mitglied im Dachverband der jugoslawischen Gewerkschaften SSSYU und unterhält enge Kontakte zur SSS. Im März 1994 führte der SSSM in

der Hafenstadt Bar seinen turnusmäßigen Kongreß durch, auf dem der Kampf gegen das UN-Embargo bestimmendes Thema war. Neben zahlreichen inländischen Gästen (Vertreter des SSS, des SSSYU, der Handelskammer, der Ministerien) betonten insbesondere die Vertreter der russischen, französischen (CGT) und schottischen (TUCS) Gewerkschaften die Notwendigkeit des UN-Embargos. Im UN-Embargo sieht der SSSM die Quelle der wirtschaftlichen Krise.

Der völlige Zusammenbruch des Auslandstourismus, der Handelsschifffahrt sowie der Schiffbauindustrie und der Fischerei, der bedeutendsten Wirtschaftszweige Montenegros also, ist die Ursache der hohen Arbeitslosigkeit.

Für den SSSM ist daher die Aufhebung des UN-Embargos das wichtigste Ziel. Im SSSM gibt es interne Auseinandersetzungen, die die Konfrontationen auf der Parteebene widerspiegeln. Eine nennenswerte Fraktion innerhalb des SSSM ist für eine Loslösung Montenegros von Serbien, dennoch verfolgt die offizielle Politik des Verbandes einen pro-serbischen Kurs. Dem SSSM sind Gesprächskontakte zum DGB, EGB und die Teilnahme an Veranstaltungen der HBS, FES und des EGB ermöglicht worden. Diese vorsichtige Kontaktaufnahme ist vom SSSYU als Durchbruch in seinen Bemühungen um die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den "europäischen" Gewerkschaften propagandistisch verwertet worden. Die

Annäherung des SSSM an die unabhängige UGS Nezavisnost ist zwischenzeitlich völlig eingestellt worden (der SSSM und Nezavisnost planten, gemeinsam Schulungen durchzuführen, außerdem war der Nezavisnost Präsident Redner auf dem SSSM-Kongreß). Offensichtlich bestimmen die pro-serbischen Kräfte im SSSM völlig die Politik des Verbandes. Dies dürfte eine weitere Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften, bzw. Gewerkschaften des EGB_s erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.

c) Kosovo

Bestimmendes Element der Arbeit der Gewerkschaften im Kosovo ist die brutale serbische Politik der "ethnischen Säuberung" in der Arbeitswelt.

Im März 1989 wurde durch die Belgrader Regierung der autonome Status der Provinz "Kosova", den die Kosova gemäß der jugoslawischen Verfassung seit 1974 inne hatte, mit einem Federstrich aufgehoben. Die "Wiege der Serben" wurde, so die Lesart, wieder mit dem Mutterland der Serben vereinigt. Alle wichtigen Positionen in der Verwaltung, in den Ministerien, Schulen, Betrieben, selbst in den Krankenhäusern wurden durch Serben besetzt. Eine de facto Apartheid ist die Folge dieser radikalen Serbiisierung der Kosova.

Zehntausende von Albanern wurden aus den Betrieben entlassen, bzw. boykottierten durch streiks die Politik der Serben. Allein in den ersten zwei Jahren seit der Aufhebung des Autonomiestatus sind 100.000 Albaner entlassen worden, die einen Bevölkerungsanteil von 90% ausmachen. Gleichzeitig wurde 23.000 Serben und Montenegriner in der Kosova als Arbeitskräfte angeworben. Im November 1994 waren 123.000 albanische Arbeitnehmer von ihren Arbeitsplätzen vertrieben worden was einem Anteil von 67% der beschäftigten Albaner entspricht. Die Interessen der Beschäftigten, bzw. der Entlassenen werden von zwei Gewerkschaftsbünden vertreten. Der "Gewerkschaftsbund der Kosova und Metochiens" ist Mitglied im SSSYU und wirkt als verlängerter Arm der serbischen Gewerkschaften. Ihm gehören die serbischen und

montenegrinischen Arbeitnehmer an. Dieser Verband kollaboriert eng mit den serbischen Machthabern und unterstützt die Serbiisierungspolitik des Miloseviè-Regimes.

Die Organisation der albanischen Arbeitnehmer ist die "Union der unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo" (BSPK). Angesichts der Tatsache, daß der weitaus größte Teil der Mitglieder ihre Arbeitsplätze an Serben und Montenegriner abtreten mußten, handelt es sich eher um eine Organisation der ehemals Beschäftigten. Die BSPK ist fortwährenden Verfolgungen durch die serbische Polizei ausgesetzt. Wiederholt wurden die Büroräume der BSPK durchsucht, Einrichtungsgegenstände "konfisziert", führende Mitglieder verhaftet, z.T. mißhandelt und gefoltert.

Die Arbeit der BSPK besteht darin, ein "informelles Netz der sozialen Sicherung" aufrechtzuerhalten. Für notleidende Familien werden Lebensmittel- und Medikamentenspenden organisiert. Viele, von der "Serbiisierung" Betroffene können nur durch Spenden ihrer Angehörigen aus dem Ausland überleben.

Seit ihrem ersten Kongreß im November 1990 hat die BSPK, neben der konkreten Hilfe für ihre Mitglieder, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit im europäischen Ausland betrieben. Menschenrechtsfragen waren naturgemäß das Zentrale Thema ihrer Aktivitäten.

In dieser Arbeit wurden sie massiv durch die serbischen Behörden behindert, ausländischen Gewerkschaften wurde wiederholt die Einreise in den Kosovo verweigert. Der Brief- und Telefonverkehr mit der BSPK wird behindert. Bespitzelung ausländischer Besucher ist die Regel.

Innerhalb der BSPK gibt es Spannungen was den Kurs gegenüber den serbischen Machthabern betrifft.

Teilen der Mitgliedschaft erscheint der friedfertige Widerstand gegen die serbische Repression nicht als das probate Mittel, die Lage der albanischen Bevölkerung zu verbessern. Die überwiegende Mehrheit hält jedoch am Prinzip des gewaltlosen Widerstands fest.

Auf dem letzten Kongreß im November 1994 wurde der bisherige Verbandspräsident Prof. Gorani in seinem Amt bestätigt. Ob sich die Politik der BSPK wesentlich verändern wird, bleibt abzuwarten. Ihr Kampf und Einsatz für die Verwirklichung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte verdient weiterhin die volle Unterstützung der Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsorganisationen.

12. SLOWENIEN (R. Pintar)

In Slowenien gibt es seit der Unabhängigkeit zwei große gewerkschaftliche Dachverbände: den Bund der freien Gewerkschaften (ZSSS) und den Bund der unabhängigen Gewerkschaften (Neodvisnost).

- Der ZSSS ist mit rund 400.000 Mitgliedern der größte Dachverband in Slowenien. Er ist aus dem früheren kommunistischen Gewerkschaftsbund entstanden und wird seit seiner Neugründung vom Vorsitzenden Dusan Semolic geleitet. Politisch steht er heute der an der Regierung beteiligten Partei der Vereinigten Linken Liste nahe, was ihm eine gewisse Unterstützung seitens der Regierung sichert. Der Dachverband umfasst neunzehn Branchen und vertritt damit ca. 60% der Arbeitnehmer in Slowenien. Als Nachfolgeorganisation des alten Gewerkschaftsbundes hat er nicht nur dessen Infrastruktur übernommen, sondern ist auch im Besitz des gesamten Gewerkschaftsvermögens.

- Neodvisnost ist nach Gewerkschaftsangaben mit etwa 120.000 Mitgliedern deutlich kleiner und umfasst vierzehn Branchen. Außerhalb der Gewerkschaft schätzt man die Mitgliederzahl heute allerdings nur noch auf rund 30.000 Mitglieder.
Seit der Gründung als Bund unabhängiger Gewerkschaften im März 1990 führt France Tomsic den Vorsitz. Tomsic war gleichzeitig Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei Sloweniens (SDSS). Neodvisnost hat insbesondere mit finanziellen und auch organisatorischen Problemen zu kämpfen, da der Bund weder auf vorhandenes Vermögen noch auf eine bestehende Infrastruktur zurückgreifen kann.

Außer diesen beiden Dachverbänden existieren in Slowenien noch einige weitere Gewerkschaftsbünde, die jedoch nur regionale Bedeutung besitzen. Der größte von ihnen ist die Konföderation 90, die sich insbesondere auf Mitglieder im Südwesten des Landes stützt (die Städte Koper und Kranj).

Konflikte zwischen den Dachverbänden gibt es weniger aufgrund ideologischer Differenzen, hier verfolgen alle das Ziel, die marktwirtschaftliche Umstrukturierung sozial verträglich zu gestalten, sondern wegen der bis jetzt noch nicht geklärten Aufteilung des alten Gewerkschaftsvermögens.

Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit liegen bei der praktischen Ausgestaltung des nach deutschem Vorbild im Sommer 1993 verabschiedeten Mitbestimmungsgesetzes, bei Entlassungen von Arbeitnehmern bei Privatisierungen und bei den Defiziten im Bereich der Arbeitsgerichte. Da die Mitbestimmung an die Privatisierung der Betriebe gebunden ist, wird nur ein Teil der Arbeitnehmer davon betroffen. In den nicht privatisierten Unternehmen existieren noch Arbeiterräte. Ein Schutz der Arbeitnehmer bei Konkursen existiert nicht, und Arbeitsgerichtsverfahren dauern in der Regel vier bis fünf Jahre. Gegenwärtig wird zwischen Regierung, Arbeitgebern und den Gewerkschaften ein Sozialpakt verhandelt, der Grundlinien der Lebenspolitik festschreiben soll.

Die Zusammenarbeit zwischen der FES und den slowenischen Gewerkschaften bezog sich im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig auf die Beratung bei der Mitbestimmung. Im einzelnen war dies:

- Seminar und internationale Konferenz zur Mitbestimmung in Betrieben mit Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Arbeitswissenschaft u. Slowenischen Gewerkschaften, 20.-22.01.94 in Ljubljana
- Publikation zur Mitbestimmung in Betrieben

13. TSCHECHISCHE REPUBLIK, SLOWAKISCHE REPUBLIK (K. Pumberger)

13.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

Im Gegensatz zu anderen im Reformprozeß befindlichen Staaten Mittel- und Osteuropas hat sich sowohl für die CR als auch für die SR weiterhin eine **einheitliche Gewerkschaftsbewegung** erhalten. Diese organisiert sich in der CR innerhalb der **Böhmisch-Mährischen Kammer (CMKOS)**, die zur Zeit 36 Einzelgewerkschaften vereinigt, und in der SR innerhalb der **Konföderation der slowakischen Gewerkschaften (KOZ)**, der gegenwärtig 44 Einzelgewerkschaften angehören. Zwar gibt es auch außerhalb von **CMKOS** und **KOZ** zahlreiche – teilweise berufsständisch, teilweise religiös geprägte – Gewerkschaftsorganisationen; diese haben jedoch bislang im sozialen Leben der tschechischen und slowakischen Arbeitnehmerschaft keine dominante Rolle spielen können.

Die Einheitlichkeit der tschechischen und slowakischen Gewerkschaften hatte jedoch lange Zeit zur Folge, daß viele **innerorganisatorischen Strukturfragen** ungelöst blieben. In der Zwischenzeit haben aber gerade die **tschechischen Gewerkschaften** in diesem Bereich **deutliche Fortschritte** aufzuweisen. Auf ihrem **ersten nachrevolutionären Kongreß** im April 1994 schufen sie sich ein **neues Entscheidungsorgan**, das "**Parlament**" (Beirat), in dem die Einzelgewerkschaften nicht mehr wie bisher nach dem Prinzip "Ein Verband, eine Stimme", sondern gemäß ihrer Mitgliederzahl vertreten sind. Schon zeigt sich, daß damit viel bisherigen inneren Lähmung überwunden werden konnte. Weiters wurde mit der Wahl von **vier hauptamtlichen Stellvertretern klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten** geschaffen. Die damit verbundenen Personalumbestzungen auf der Stabs-Ebene haben ebenso dazu beigetragen, daß die Arbeit des gewerkschaftlichen Apparats an Professionalität und Systematik hinzugewonnen hat. Überdies profitieren die tschechischen Gewerkschaften von der Person ihres **neuen Vorsitzenden, Richard Falbr**. Bei allen aktuellen Fragen und Auseinandersetzungen zeigt er Präsenz, insbesondere in den Medien. Alle Umfragen bestätigen, daß im Laufe des letzten Jahres die **nationalen Führungen bei Ihren Mitgliedern an Vertrauen gewonnen** haben.

Als Positivum kann ferner vermerkt werden, daß zumindest in einigen Bereichen (öffentlicher Verkehr, Dienstleistungen) eine **erste Vereinigung bisher autonomer Einzelgewerkschaften** stattgefunden hat. Ob dies eher mit den führenden Persönlichkeiten zu tun hat oder ob daraus jedoch schon für die allernächste Zukunft ein **allgemeiner Trend in Richtung Umkehr des Prozesses der Inneren Zersplitterung** abgeleitet werden kann, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen. Ein weiteres Problem stellt nach wie vor die **Aufteilung der Finanzen** dar. So konnte bislang für die Frage nach der **Finanzierung des Dachverbandes**, inklusive seiner

regionaler Strukturen, noch keine Lösung gefunden werden, die von allen Einzelgewerkschaften mitgetragen werden würde. Vielmehr haben im Jahre 1994 drei Verbände (Schule, Glas, Nahrungsmittelindustrie) ihre Beiträge an den Dachverband nicht abgeführt. Einzelne Gewerkschaften haben wegen dieser Frage sogar ihren Austritt aus dem Dachverband angekündigt. Neben den Finanzen stellt auch die **Verwaltung des Gewerkschaftsvermögens** ein nicht unerhebliches Problem dar. Nicht selten werden in diesem Zusammenhang Spekulationen über Korruption und unkorrekte Machenschaften in den Raum gestellt.

Ein großes Fragezeichen stellt auch die **rückläufige Mitgliederentwicklung** dar. Allein im Jahre 1994 mußte ein Mitgliederverlust von gut zwanzig Prozent verzeichnet werden. Allerdings rührt dieser Verlust – bei einem hohen Ausgangsniveau – vor allem von den wegbrechenden wirtschaftlichen Strukturen. Wenn die organisierten Rentner nicht mitgerechnet werden, dann liegt der **Organisationsgrad heute knapp unter 50 Prozent**. Rückläufig ist auch die Zahl der **betrieblichen Grundorganisationen**, die – ausgestattet mit zwischen 60 und 80 Prozent der Mitgliedsbeiträge – das **Rückgrat der tschechischen und slowakischen Gewerkschaften** darstellen. In vielen Fällen orientiert sich die betriebliche Gewerkschaftsarbeit immer noch an der Rolle der Gewerkschaften zu Zeiten des kommunistischen Systems; d.h. sie fungieren als eine Art **Quasi-Sozialversicherung**, die wie eh und je entsprechende Sozialleistungen verteilt. U.a. dadurch bedingt weist die Arbeit der tschechischen Gewerkschaften nach wie vor **Defizite in der Information für die Mitglieder** sowie in der **Propagation der originär gewerkschaftlichen Aufgabe** – Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft – auf.

Keine Fortschritte, was die eigenen Organisationsstrukturen betrifft, sind jedoch für die Slowakei zu berichten. So halten die **internen Streitigkeiten** an. Größere Einzelgewerkschaften halten ihre Beiträge für den Dachverband zurück und drohen mit dem Austritt. Ebenso sind im Apparat deutliche **professionelle Unzulänglichkeiten** auszumachen, die die Verwaltung des Gewerkschaftsvermögens miteinschließen.

Im Gegensatz zur Slowakischen Republik – dort liegt die Arbeitslosigkeit auf deutlich höherem Niveau (14%) – ist auffallend die **anhaltend niedrige Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik**. Die Zahlen für das Jahr 1994 wiesen eine Arbeitslosigkeit von knapp über drei Prozent für die gesamte Republik aus. Die derzeitigen Schätzungen gehen für das Jahr 1995 und darüber hinaus lediglich von einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit auf maximal fünf bis sechs Prozent aus, wobei die ohnehin schon vorhandenen **regionalen Disparitäten** (viele Bezirke in Mähren weisen heute eine Arbeitslosenrate zwischen sechs und acht Prozent auf) noch einmal zunehmen dürften. Was die Entwicklung der Löhne betrifft, so war 1994 für die Tschechische Republik eine **Steigerung der Reallöhne zwischen vier und fünf Prozent** (bei einer Inflation von um die zehn Prozent) zu verzeichnen. In der Slowakei lag dieser Wert bei lediglich zwei bis drei Prozent. Allerdings ist noch

immer nicht das reale Kaufkraftniveau von 1989 erreicht. Gleichzeitig haben die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Branchen deutlich zugenommen. Ebenso nahm der Abstand zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen zu. Damit vergrößerte sich auch der Anteil jener Beschäftigten, deren Verdienst unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittslohns lag. Keine Nutznießer der Lohnentwicklung von 1994 waren zudem jene, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind (Rentner, Familien mit Kleinkinder). In diesen Bereichen erfolgte lediglich ein Inflationsausgleich.

Zwar ist die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes noch nicht so spürbar, wenngleich die **Schwierigkeiten für die Beschäftigten im Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber** zunehmen. Dies ist auch bedingt durch die voranschreitende Privatisierung. Insbesondere im Bereich der mittleren und kleineren Privatunternehmen wird oft eine aggressive Haltung eingenommen, die die Entstehung von Gewerkschaften bzw. den wirksamen Schutz der Beschäftigten von vorneherein in diesen Unternehmen verhindern soll. Schwierigkeiten gibt es auch beim Aushandeln von Branchentarifverträgen. Mit dem Hinweis, daß die jetzigen Arbeitgeberverbände in der Regel nicht mehr als 30 bis 40 Prozent ihrer Branche abdecken, wird versucht, **Tarifverträge lediglich auf der Ebene des Betriebs** abzuschließen.

In der weiteren Perspektive ist daher für die CR von **keiner anhaltenden, flächendeckenden sozialen Unruhe** auszugehen, aber doch immer wieder von **lokal begrenzten sozialen Konflikten**. So gab es bereits im August 1994 einen mehrtägigen Streik in einem nordmährischen Maschinenbaubetrieb; im Oktober 1994 folgte ein Warnstreik in dem VW-Skoda-Automobilwerk. Auch die **Auseinandersetzungen mit der Regierung** unter Führung von Premier Vaclav Klaus – trotz Fortführung der Tripartitität – werden an Häufigkeit und Intensität zunehmen. **Den Dialog um jeden Preis** – charakteristisch für die Beziehungen Regierung – Arbeitgeber – Gewerkschaft in der unmittelbar ersten nachrevolutionären Phase – **wird es in Zukunft nicht mehr geben**. Hauptstreitpunkte waren und sind die künftige Gestaltung der Bereiche **Sozialversicherung** und **Arbeitsrecht**. Im letzteren Bereich hat es z.B. die Regierung in Hinkunft den Arbeitgebern ermöglicht, mit ihren Arbeitnehmern **endlos befristete Kettenarbeitsverträge** abzuschließen. Bei den **Rentnern** – die ohnehin als die **Verlierer der Transformation** zu bezeichnen sind; ihr Kaufkraftverlust seit 1989 beträgt im Vergleich mit den abhängig Beschäftigten das Doppelte – strebt die Regierung eine **minimale Grundrente** (35 Prozent des Netto-Lohns) plus **individuelle Zusatzversicherung** an.

Gegen diese Form der Sozialpolitik von seiten der Regierung haben die tschechischen Gewerkschaften 1994 das erste Mal **mobilisieren** können. So fand im März 1994 in Prag die **erste Massendemonstration** seit der Revolution im November 1994 überhaupt statt; ihr ging eine **landesweite Unterschriftenaktion** in der Rentenfrage voraus. Als die Regierung den Dialog mit den Gewerkschaften in

dieser Frage für abgeschlossen, gleichzeitig an ihren Absichten jedoch festhielt, riefen die Gewerkschaften im Dezember 1994 zu einem **landesweiten Warnstreik** auf. All diese Aktionen müssen als erfolgreich bewertet werden. Sie haben unterstrichen,, daß die **Gewerkschaften zu einem Faktor** (in welchem Ausmaß, das wird die weitere Entwicklung zeigen) **auf der politischen Bühne geworden sind und auch bleiben werden.**

Dabei ist der Spielraum für die tschechischen Gewerkschaften nicht sehr groß. Sollte die Führung den Druck, der aus einigen Regionen und Betrieben kommt, nicht mehr kanalisieren können, würde das die Gewerkschaft internen Spannungen aussetzen und überdies innerhalb der Gesellschaft nur isolieren. Ihr Verhältnis zur Regierung bleibt daher nach wie vor eine **schmale Gratwanderung**. Einerseits ist zur Kenntnis zu nehmen, daß für die nächsten Jahre eine konservative Regierung das Land durch die Phase der Transformation führen wird. Andererseits gilt es zu verhindern, daß die ultra-liberalen Ansprüche und Vorhaben der Regierung in die Praxis umgesetzt werden.

Dennoch ist die Transformation in der CR in eine **neue Phase** eingetreten. Die Freiheit beginnt genauso selbstverständlich zu werden wie der Markt. Daher werden auch ihre negativen Seiten mehr und genauer verfolgt. Der Streit darüber, mit welcher sozialer Dimension Demokratie und Marktwirtschaft verwoben werden sollen, kann nicht länger mit dem Argument umgangen werden, damit wolle man nur wieder alte Verhältnisse herstellen. Es ist daher kein Zufall, daß in letzter Zeit die **Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen** in der Öffentlichkeit gestiegen ist. Generell zeigen die Medien ein deutlich gesteigertes Interesse an der Entwicklung der sozialen Beziehungen; die Berichterstattung dazu hat sich objektiviert.

Auf eine ähnlich **klare politische Linie** kann bei den **slowakischen Gewerkschaften nicht** verwiesen werden. Dies gilt auch gegenüber der (neuen **Meciar-**)Regierung, insbesondere aber auch im Verhältnis zum kleineren Koalitionspartner, der **Vereinigung der Arbeiter der Slowakei** – ein Gemisch aus Populismus, Neo-Kommunismus und Nationalismus, die sich 1994 von der postkommunistischen SDL abgespalten hat. Bisläng konnten sich die slowakischen Gewerkschaften auf keine gemeinsame Stellungnahme zu dieser politischen Gruppierung festlegen. Dies kann sich als umso gefährlicher herausstellen, da die Arbeiter-Vereinigung mit dem Anspruch durchs Lande zieht, sie sei der eigentliche Repräsentant der slowakischen Arbeiter. Die Arbeiter-Vereinigung, immerhin hat sie bei den letzten Parlamentswahlen aus dem Stand mehr als 8 Prozent der Stimmen erreicht, stellt mit **Jozef Kalman**, Vorsitzenden der Gewerkschaft der Dienste, zugleich den Vize-Premier, verantwortlich für die Tripartität. Insgesamt ist festzuhalten, daß die slowakischen Gewerkschaften bisher mehrmals zu spät auf das Geschehen in Wirtschaft und Gesellschaft reagierten. Auch das ist ein Grund dafür, daß sie sich – im Gegensatz zu ihren tschechischen Kollegen und Kolleginnen – als **nicht aktionsfähig** zeigten.

13.2 Bisherige Kooperation mit der FES

Die solide Basis des Projekts konnte weiter gestärkt und ausgebaut werden. Dabei konzentriert sich unsere Kooperation auf vier Ebenen: **Dachverband** (aufgrund der oben erwähnten Fortschritte hinsichtlich der internen Organisationsstruktur des tschechischen Dachverbandes Republik in weiterer Perspektive von einer Intensivierung der Zusammenarbeit auszugehen), **wichtige Einzelgewerkschaften** (Metall, Bergbau, Chemie, Bau, Dienste, Holz, Nahrungsmittel, Gaststätten, Post, Textil), **Regionen** und **wichtige Betriebe** (Joint-ventures, z.B. VW-Skoda). Ebenso hat unsere Arbeit an Kontinuität und Systematik hinzugewonnen.

Im Rahmen des Projektes fanden u.a. folgende Maßnahmen statt:

- Seminar "Ausbildungsprogramm – Rhetorik" mit Multiplikatoren aus tschechischen und slowakischen Einzelgewerkschaften (Metall, Chemie, Post, Holz, Dienste, Gesundheit), Experten "Denkmodell", 12.–15.01.1994/16.–19.01.1994;
- Studienreise "Strukturwandel in Post und Telekommunikation" mit Spitzenfunktionären der tschechischen und slowakischen Postgewerkschaft, Gladenbach, 31.01.–05.02.1994;
- Seminar "Gewerkschaftliche Politik in der Region" mit südmährischen Gewerkschaften, Experte DGB-Bayern, 14./15.03.94;
- Beratung "Mobilisierungsstrategien für Gewerkschaften" bei mehreren Einzelgewerkschaften und Dachverband, Ernst Breit, 30.03.1994;
- Symposium "Der tertiäre Sektor in der Tschechischen Republik", mit gewerkschaftlichen Funktionären, Vertretern der Arbeitgeberverbände, Ministerien, Forschungsinstitute, Arbeitsämter, Medien; Präsident der Böhmischemährischen Kammer, Direktor des Institutes für Arbeit und Soziales, 21.06.1994;
- Seminar "Entwicklung des slowakischen Arbeitsmarktes" mit gewerkschaftlichen Funktionären, Wissenschaftlern und Vertretern des Arbeitsministeriums; Direktor des Ökonomischen Institutes der Akademie der Wissenschaften, 28.06.1994;
- Seminar "Probleme des Arbeitsrechtes in der Slowakei" mit gewerkschaftlichen Funktionären, Wissenschaftler und Vertretern des Arbeitsministeriums; Experte Uni Frankfurt, Institut für Arbeitsrecht, 30.06.1994;
- Seminar "Schule und Gewalt/Schule und Autonomie" mit gewerkschaftlichen Funktionären aus CR, SR, Ungarn und Polen, 24.–27.07.1994;
- Seminar "Entwicklung des Arbeitsrechtes in Ungarn – Schlußfolgerungen für andere postkommunistische Länder" mit Einzelgewerkschaften und Dachverband, Experte FES-Budapest, 12.09.1994;
- Symposium "Das Arbeitsrecht in der CR – Streitpunkte und Zukunftsperspektiven" mit gewerkschaftlichen Funktionären und Vertretern von Arbeitgeberverbänden, Ministerien, Arbeitsämter und Medien; Experte Uni Frankfurt, Institut für Arbeitsrecht, Vize-Präsident Böhmischemährische Kammer, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes, 14.09.1994;
- Seminar "Ausbildungsprogramm – Einsatz von Medien", 28.08.–01.10.1994/02.–05.10.1994;
- Seminar "Perspektiven für die Automobilindustrie" mit gewerkschaftlichen

Funktionären und Journalisten; Experte Uni Berlin, Vorsitzender der betrieblichen Gewerkschaft, stellv. Vorstandsvorsitzender; 12.10.1994;

- Seminar "Verhandlungstraining" mit Regionalsekretären der tschechischen Holzgewerkschaft sowie der slowakischen Postgewerkschaft; eigene Lektoren plus Assistenten des FES-Projektes; 19.-21.10./09.-11.11.1994;

- Studienreise "Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland - Perspektiven für die Kooperation mit Mittel- und Osteuropa" mit Milan Stech, Vize-Chef des Dachverbandes, und Fachexperten; Bonn, Köln, Düsseldorf, Frankfurt und Berlin; 30.10.-05.11.1994;

- Seminar "Umweltschutz und Beschäftigungssicherung im Schwarzen Dreieck" mit DGB Sachsen, Solidarnosc Jelenia Gora und Regionaler Kammer Nordböhmen; 03.-05.11.1994;

- Studienreise "Energiewirtschaft in der BRD" für Funktionäre der tschechischen Dienste-, Wasser- und Energiegewerkschaft, Niedersfeld; 13.-19.11.1994;

- Seminar "Probleme des individuellen Arbeitsrechtes" mit gewerkschaftlichen Juristen aus dem Dachverband, Experte Uni Frankfurt; 16.11.1994;

- Seminar "Probleme der Gewerkschaftsarbeit in den multinationalen Hotelketten und Lebensmittelgesellschaften" mit Gewerkschaftern und Betriebsräten aus Deutschland und der CR; 04.-07.12.1994;

- Studienreise "Gewerkschaftliche Öffentlichkeits-, Medien- und Informationsarbeit" mit Jiri Ryvola, Vize-Chef des tschechischen Dachverbandes; Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover; 04.-09.12.1994;

- Studie "Struktur des Arbeitsmarktes in der SR";

- Studie "Tschechien 2000 - Risiken und Hoffnungen";

- Broschüre "Lexikon der Arbeit";

13.3 Aktivitäten der Partner

Nach wie vor sind neben den deutschen Gewerkschaften am aktivsten die österreichischen und skandinavischen Gewerkschaften. Bei letzteren sind wiederum die dänischen und norwegischen Gewerkschaften hervorzuheben. Sie führen regelmäßig Seminar mit dem Schwerpunkt auf Bildungsarbeit durch. Bei den Österreichern kommt auch Ausbildung für Leute aus der Stabs-Ebene sowie eine intensivere Grenzkooperation hinzu. Die christliche Fraktion im ÖGB hat in letzter

Zeit insbesondere in der Slowakei Aktivitäten gesetzt. Eine regelmäßige Kooperation mit den tschechischen Gewerkschaften gibt es auch von seiten der belgischen Gewerkschaften (FGTB). Andere Länder, inklusive den französischen, italienischen und amerikanischen Gewerkschaften, treten nicht durch regelmäßige Maßnahmen in Erscheinung. Häufigere Aktivitäten werden auch von einzelnen internationalen Berufssekretariaten (z.B. PSI mit einem eigenen Regionalbüro in Prag; ICEF mit einem eigenen Bildungszentrum in Bratislava) durchgeführt.

14. UKRAINE (A. Wittkowsky)

Die Geschichte unabhängiger Gewerkschaften in der Ukraine begann mit der Streikwelle, die 1989 durch die Sowjetunion hzog. Auch auf dem Territorium der Ukrainischen Sowjetrepublik wurden – vor allem von den Bergarbeitern des Donbass und den Piloten – Streikkomitees gegründet. Auch nach der Beendigung der Streiks behielten viele Streikkomitees ihren organisatorischen Zusammenhalt bei und begannen, sich in unabhängige Gewerkschaften zu transformieren. Resultat dieser Neugründungen, sofern sie über die Betriebsebene hinausgingen, waren noch allsowjetische Gewerkschaften: so z.B. die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG), die Pilotenvereinigung (ALC-GA) oder die nach dem Territorialprinzip gegliederten Sozialen Gewerkschaften (SOTSPROF). Mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 organisierten sich auch die Gewerkschaften auf nationaler Ebene neu. Die neuen ukrainischen Gewerkschaften haben seitdem unterschiedliche Entwicklungen vollzogen.

Die vielversprechendste Entwicklung hat eine Gruppe von Gewerkschaften genommen, die vor drei Jahren einen Konsultativrat gebildet hatten. Dabei handelte es sich um die Bergarbeiter, die Eisenbahner und drei Gewerkschaften aus dem Luftfahrtbereich. Die Bildung eines Rats der Freien Gewerkschaften der Ukraine (WPU) im November 1993 war ein wichtiger Schritt, ihre Strukturen auf nationaler Ebene zu stärken und die Gründung eines nationalen Dachverbands vorzubereiten. Die wichtigsten WPU-Mitglieder sind (Pichowschek 1994; Most 35/94:7):

1. Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPGU);
2. Vereinigung Freier Eisenbahnergewerkschaften (OWPSU; Vorsitzender: Semyon Karikov);
3. Gewerkschaft der Zivildiplomaten (PALS-GA; Vorsitzender: Sergej Roganin);
4. Gewerkschaft der Fluglotsen (Vorsitzender: Alexandr Schuljak);
5. Gewerkschaft der Flugzeugmechaniker (Vorsitzender: Gary Barschajewsky);
6. Unabhängige Gewerkschaft der Textilarbeiter Donetsk (NPT; Vorsitzende: Olga Samofalowa);
7. Unabhängige Gewerkschaft der Hafentarbeiter Illitschewsk (Vorsitzender: Anatolij Baranowsky)
8. 'Jednist' (Vorsitzender: Wladimir Olschewskij);

9. Gewerkschaften der Metrofahrer in Kiew und Charkow; u.a.

Es sind also sowohl Branchen- als auch Betriebsgewerkschaften Mitglieder im WPU; die Gesamtmitgliedszahl liegt bei ca. 100.000. Die Freien Gewerkschaften sehen für die Ukraine nur für den Fall des Voranschreitens der Reformen eine Perspektive. Ein Aufruf zum Generalstreik am 18. Januar 1994, der allerdings scheiterte, beinhaltete dementsprechend den Rücktritt der Regierung und das Einsetzen einer Übergangsregierung unter dem Reformpolitiker Lanowoj. Auch im Präsidentschaftswahlkampf unterstützten sie seine Kandidatur. Bei den ebenfalls 1994 stattfindenden Parlamentswahlen wurde keine bestimmte Partei unterstützt; einige der unabhängigen Gewerkschaften stellten jedoch eigene Kandidaten auf. Mit Ausnahme der Wahl zweier Abgeordneter der Lokomotivführergewerkschaft waren diese Bemühungen jedoch nicht von Erfolg gekrönt.

Die Solidarischen Gewerkschaften (Vorsitzender: Alexandr Sheikin) sind quasi der ukrainische Ableger von SOTSPROF. 50% der Mitglieder – über die es keine verlässlichen Zahlenangaben gibt – sind Ingenieure, Ärzte und Journalisten, 22% Dienstleistungsangestellte und 28% Arbeiter. Nach einem kurzen Zwischenspiel im WPU haben die Solidarischen Gewerkschaften inzwischen die Gründung des Nationalen Kongresses der Gewerkschaften der Ukraine (NKPU) betrieben. Diesem dritten nationalen Gewerkschaftszusammenschluß gehört neben der Gewerkschaft der Akademie der Wissenschaften auch die Unternehmergewerkschaft Solidarnost (s.u.) an. Hintergrund dieser ungewöhnlichen Koalition ist das Bestreben, eine eigene Sozialversicherung aufzubauen. Obwohl es einen Grundsatzbeschuß über die parteipolitische Neutralität gibt, haben die Solidarischen Gewerkschaften im Parlamentswahlkampf die ohne Mandat gebliebene Vereinigte Sozialdemokratische Partei unterstützt (Interview des Autors mit Aleksandr Scheikin, 05.09.1994).

Eine weitere Organisation der ersten Stunde ist die Allukrainische Vereinigung der Arbeitersolidarität (WOST; Vorsitzender: Arkadij Wowtschuk), die ebenfalls aus den Streikkomitees hervorgegangen ist. WOST hat politischen Zielen, insbesondere der Stärkung des unabhängigen ukrainischen Staates, von Anfang an einen hohen Stellenwert zugemessen. Infolgedessen hat sich die Organisation mehrfach gespalten, Mitglieder und dementsprechend an Einfluß verloren.

Aber auch die Speerspitze der ukrainischen Arbeiterbewegung ist vom Spaltpilz nicht verschont worden: in der 'Hauptstadt' des östlichen Bergbaureviers der Ukraine hat sich eine NPG-Donetsk (Vorsitzender: Nikolaj Wolinko) etabliert, die auch das Streikkomitee Donetsk (Vorsitzender: Michail Krylow) und damit das Gesetz des Handelns in dieser Stadt in der Hand hat. Der Sommerstreik 1993 wurde praktisch von diesem Komitee organisiert; wichtigstes Resultat dieses Arbeitskamps war die Berufung von Efim Swiagilskij – der Grauen Eminenz von Donetsk – zum stellvertretenden Premierminister. Die ansonsten im Donbass sehr starke NPGU fristet in Donetsk ein Außenseiterdasein.

All diesen neuen Gewerkschaften ist gemein, daß sie von unten aus den Betrieben heraus entstanden sind und über Streiks gegen den Widerstand der alten sowjetischen Strukturen ihre Anerkennung als Verhandlungspartner durchgesetzt haben. Die betrieblichen Gewerkschaften sind oft relativ klein, genießen aber ein hohes Ausmaß an Rückhalt bei den Beschäftigten. Ihre Funktionäre genießen aufgrund der bewiesenen Integrität in den Auseinandersetzungen ein hohes Ansehen. Dies wird auch dadurch verstärkt, daß es kaum freigestellte Funktionäre gibt. Dieses aus westeuropäischer Sicht die Interessenvertretung erschwerende Verhalten trägt zu dem für die postsowjetische Gesellschaft der Ukraine eher ungewöhnlichen politischen Vertrauen in die Repräsentanten der neuen Gewerkschaftsorganisationen bei. Die Tatsache, daß die Mitgliederwerbung selektiv geschieht und mögliche Mitglieder nicht sofort aufgenommen werden, wird von den freien Gewerkschaftern ebenfalls aus der Tradition der Sowjetgesellschaft hergeleitet. Der Gefahr einer möglichen Unterwanderung und Bürokratisierung soll durch die Festigung der Organisationsstrukturen an der Basis entgegengearbeitet werden. Dabei verlieren die größten der freien Gewerkschaften die Stärkung ihrer Strukturen nicht aus den Augen. Die Föderation der Lokführergewerkschaften (WPMU) hatte z.B. zunächst für andere Berufsgruppen einen Übergangstatus geschaffen und inzwischen mit dem OWPSU einen neuen Verband gegründet, dem nun alle Beschäftigte der Bahn angehören können.

Eine etwas andere Geschichte haben zwei aus Allunions-Strukturen der Sowjetunion hervorgegangene Gewerkschaften. Im Gegensatz zu den schon auf Sowjetrepubliksebene organisierten Industriegewerkschaften haben sich nicht in der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU; s.u.) organisiert. Zum einen ist dies die Gewerkschaft der Eisenbahn (Vorsitzender: A. Chornomas), deren Vorsitzender in alter Tradition zugleich stellvertretender Direktor der Eisenbahn ist. Zum anderen ist dies die Gewerkschaft der Akademie der Wissenschaften (Vorsitzender: Anatolij Shirokov). Ihr Vorsitzender ist zugleich Gründer und Vorsitzender des ersten Rotary-Clubs der Ukraine. Eine Sonderrolle im gewerkschaftlichen Spektrum spielen sodann die Militärgewerkschaft (Vorsitzender: Aleksandr Sijusarew) und die Studentengewerkschaft – beide Mitglieder im WPU. Ebenfalls auf der Gewerkschaftsseite anzufinden – so z.B. im Rahmen des Tripartismus (s.u.) – ist die Gewerkschaft der Genossenschaftler (Vorsitzender: Wasillj Kostryzja). Sie ist ein Produkt der Genossenschaftsförderung unter Gorbatschow und erfüllt eher die Aufgaben eines Handwerksverbandes. Aus dieser Tradition stammt auch die in Donetsk beheimatete Gewerkschaft Solidarnost (Vorsitzender: Jurij Piwowarow), die sich als Unternehmergewerkschaft versteht und ihre Hauptaufgabe in der Etablierung einer eigenen Sozialversicherung sieht (Donbass, 23.09.1994:2) – inzwischen gemeinsam mit den Solidarischen Gewerkschaften (s.o.).

14.1 Der Koloß lebt weiter – notfalls auch als Gewerkschaft

Formal gesehen ist auch die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU) eine 'neue' Gewerkschaft. Gegründet wurde sie erst 1991 nach der Unabhängigkeit des Landes. Dabei wurden jedoch Strukturen, Personal und Vermögen des Allunionsgewerkschaftsrates der Sowjetunion (WZSPS) geerbt. Außer den inzwischen 38 Branchengewerkschaften und 26 Gebietsstrukturen verfügt die FPU über all jene Abteilungen, die eine Gewerkschaft vom Typ "Transmissionsriemen" ausmachen. Hierzu gehören mehrere Sport- und Freizeitunternehmen, eine Abteilung zur Förderung von Gewerkschaftsvermögen und -unternehmungen, eine Abteilung für Ferieneinrichtungen (Ukrkurortprojekt) sowie die Verwaltung der Sozialversicherung (ILO 1994:198). Ein Großteil der Flächen des zentral gelegenen Kiewer Gewerkschaftshauses wird inzwischen kommerziell vermietet. Hinter der Fassade, die auch weiterhin ohne Beanstandung von Hammer und Sichel geschmückt wird, sammelt selbst Pater Brown von der International Christian Assembly inzwischen seine Schäfchen.

Vorsitzender der FPU ist Alexandr Stojan, der zunächst gewerkschaftspolitischer Berater des Ex-Präsidenten war und dann als "Krawtschuks Mann" direkt in den Gewerkschaftsapparat einstieg. Bei den Parlamentswahlen unterstützte die FPU keine Partei, stellte aber 60 eigene Kandidaten auf. Stojan ist einer von sechs erfolgreichen Bewerbern. Er hat sich der Fraktion "Zentrum" angeschlossen, die wichtige Vertreter der "Partei der Macht" auf zentralstaatlicher Ebene vereint – so z.B. mehrere Vorsitzende von Staatskomitees und (inzwischen ehemalige) Minister (Harjatscha Linija Pres-Centr, 18.07.1994). Auf dem 3.Kongreß im Juli 1994 wurde der Beitritt der FPU zum WZSPS-Nachfolger WKP (GUS-Gewerkschaftsföderation) beschlossen. Dies hat aber offenbar heftige Gegenreaktionen bei den westukrainischen Gebietsföderationen ausgelöst, die jetzt ihren Austritt aus der nationalen Föderation erwägen (Most 31/94:3).

Auf nationaler Ebene bemüht sich die FPU intensiv darum, ihr Vermögen rechtlich abzusichern und zu mehren. Dies wird in den Positionen zu einem neuen Gewerkschaftsgesetz sehr deutlich, die die FPU in die von ihr vorgelegten Entwürfe eingearbeitet hat. Neben der Wiederherstellung des alten sowjetischen Initiativrechts der Gewerkschaften im Gesetzgebungsverfahren geht es der FPU insbesondere um den Zugriff auf Geld: die Verwaltung der Sozialversicherung, die bezahlte Freistellung von Gewerkschaftsfunktionären und den Schutz ihres Eigentums. So heißt es in Art.32 des FPU-Entwurfs: "Gewerkschaften und ihre Verbände können notwendige wirtschaftliche und andere kommerzielle Aktivitäten ausüben, kommerzielle Unternehmen gründen, im Außenhandel tätig werden, Gewerkschaftsbanken, Versicherungen und Aktiengesellschaften gründen". In Art.43 ist darüberhinaus noch die Beibehaltung folgender betrieblicher Funktionen der Gewerkschaften vorgesehen (ILO 1994:161):

* Verteilung der betrieblichen Fonds für Soziales, Kulturelles und Wohnen;

- * Zuteilung der Prämien an die Beschäftigten;
- * Verwaltung und Bearbeitung der zur Pensionierung relevanten Dokumente;
- * Verwaltung des Zugangs zu Sanatorien und Gesundheitsdiensten, auch für Pensionäre;
- * Verwaltung der staatlichen Sozialversicherung.

Allein die Sozialversicherung, die v.a. das Kranken- und das Schwangerschaftsgeld umfaßt, beträgt gut 5% der betrieblichen Lohnsumme – genauer: den 14%igen Anteil der Sozialsteuer auf die Lohnsumme von 37% ILO 1994:231). Die FPU argumentiert hier, daß die 'Ressource Staat' zu knapp ist, um sie in mit dem Aufbau eines neuen anstelle des bestehenden Sozialsystem der Gewerkschaft zu belasten. Angesichts der vielfältigen Abhängigkeiten der Beschäftigten von den alten Gewerkschaftsstrukturen ist es kaum verwunderlich, daß die FPU – nach eigenen Angaben – nach wie vor über 20mio Mitglieder verfügen soll. Trotzdem werden die vergleichsweise kleinen unabhängigen Gewerkschaften als Stachel im eigenen Fleisch empfunden. Deshalb hat man sich in Kooperation mit den staatlichen Strukturen teilweise erfolgreich um die rechtliche Behinderung der Konkurrenten bemüht.

14.2 Sozialpartnerschaft ohne Fundamente

Im Juli 1993 wurde in der Ukraine ein Gesetz über Kollektivverträge und –vereinbarungen verabschiedet (veröffentlicht in Golos Ukrainy, 29.07.1994:6–7). An der Ausarbeitung war die FPU wesentlich beteiligt; die unabhängigen Gewerkschaften unterstützten das Gesetzgebungsverfahren ebenfalls (ILO 1994:169). Geregelt werden die Modalitäten der betrieblichen Kollektivverträge und der Kollektivvereinbarungen auf regionaler, nationaler oder Branchenebene. Von besonderer Bedeutung sind die Regelungen des Vertretungsrechts bei mehreren konkurrierenden Gewerkschaften. Auf Betriebsebene ist bei Streitfragen die Vollversammlung des Arbeitskollektivs – dem auch die Manager angehören – dasjenige Gremium, welches über Inhalt und Annahme des Kollektivvertrags entscheidet. In Betrieben mit mobilisierungsfähigen neuen Gewerkschaften können diese also ihr Vertretungsrecht durchaus demokratisch durchsetzen. Dagegen gilt für die überbetrieblichen Vereinbarungen, daß im Falle unauflösbarer Gegensätze zwischen konkurrierenden Gewerkschaften diejenige das Recht auf Abschluß der Vereinbarung erhält, die mehr als 50% der Beschäftigten der Branche, des Gebiets oder der Gesamtwirtschaft organisiert. Dies ist in der Regel die FPU. Die Tatsache, daß die NPGU – nicht völlig ohne Erfolgsaussichten – für den Abschluß eines 'eigenen' Branchentarifvertrags mit dem Industrieministerium kämpft (Kiewskie Wedomosti 22.10.1994:4) verweist allerdings darauf, wie wenig verbindlich das neugeschaffene rechtliche Instrumentarium im Ernstfall ist.

Die überbetrieblichen Verträge haben z.Zt. eine untergeordnete Bedeutung, da die die Lohnpolitik inzwischen (wieder) dem Ministerkabinett untersteht. Die

Wiedereinführung der zentralen Lohnadministration im Dezember 1992 war die hilflose Reaktion der Regierung auf exzessive monopolistische Lohnsteigerungen der Unternehmen, die seit 1991 eigene Lohnvereinbarungen abschließen durften. Zentrale Einheit im Lohnsystem ist der vom Parlament bestätigte Minimallohn, auf dem alle übrigen Lohngruppen nach einem Koeffizientensystem beruhen. Diese Koeffizienten werden in den Branchenvereinbarungen zwischen dem jeweiligen Branchenministerium und der Branchengewerkschaft festgelegt. Demgegenüber entstanden auf Betriebsebene einige Gestaltungsspielräume; insbesondere da in den letzten Jahren der Anteil des Tariflohns am Gesamtlohn stetig abgenommen hat. 1993 lag er nur noch bei 68%; den Rest machten außertarifliche Zuschläge aus, die in den Kollektivverträgen vereinbart werden können (ILO 1994:134-35).

Im April 1993 wurde erstmals eine nationale Generaltarifvereinbarung (GTV) zwischen der Regierung und 12 Gewerkschaften abgeschlossen. Es besteht hauptsächlich aus Absichtserklärungen, so z.B. die Anpassung des Lohnfonds der Betriebe an die Preisentwicklung, Indexierung der Minimallöhne und Renten, die Einführung eines Minimalwarenkorb zur statistischen Erfassung des Lebensstandards, Vorbereitung von Gesetzänderungen zu den Arbeitszeiten, Entwicklung von Beschäftigungsprogrammen, Ausarbeitung neuer Sozial-, Gesundheits- und Wohnungsprogramme u.a. Im Gegenzug verpflichteten sich die Gewerkschaften dazu, in allen diesbezüglichen Fragen den sozialen Frieden zu wahren. Manche Formulierungen der GTV erinnern noch stark an das Gewerkschaftsmodell "Transmissionsriemen". So heißt es beispielsweise: "Die Gewerkschaften unterstützen die Arbeitskollektive der Organisationen, Unternehmen und Institutionen bei ihren Anstrengungen zur Steigerung der Produktion und der Verbesserung der Arbeitsdisziplin." (ILO 1994:171) Nach Angaben aller Gewerkschaften ist ein Großteil der Zusicherungen nicht eingehalten worden, und 1994 mußte die Verlängerung des alten Abkommens um ein Jahr erst mühevoll gegen die Regierung durchgesetzt werden (ILO 1994:170-72).

Ebenfalls auf nationaler Ebene etablierte Präsident Krawtschuk am 6. Februar 1993 den Nationalen Rat für Sozialpartnerschaft (NRSP). Das 66-köpfige tripartite Gremium soll den Präsidenten in Fragen der Gesetzgebung und der Verabschiedung von Kollektivvereinbarungen beraten und sich vierteljährlich treffen. Von den 22 Gewerkschaftssitzen erhielt die FPU 10; die anderen Sitze verteilten sich auf 12 neue Gewerkschaften. Die Unternehmerbank wird fast völlig von der Ukrainischen Liga der Industriellen und Unternehmer besetzt, deren Vorsitzender bis zur Präsidentenwahl Leonid Kutschma war. Damit sind hier vor allem die Staatsunternehmen vertreten. Nach Einschätzung beider Seiten hat der NRSP in strittigen Fragen kaum Einfluß auf die Position der Regierung und des Präsidenten nehmen können. Lediglich die informellen Kontakte im Rahmen der Sitzungen wurden als Gewinn empfunden (ILO 1994:181-85).

14.3 Ausblick: Konsolidierung schon vor dem großen Wandel?

Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der Ukraine ist abhängig vom politischen und wirtschaftlichen Wandel. Und dieser verläuft nicht geradlinig. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen – einschließlich den Gewerkschaften – gibt es starke restaurative Kräfte, die zwar durchaus den eigenen Gewinn im Auge haben, nicht jedoch eine tragfähige Perspektive für die Gesamtgesellschaft. Gleichzeitig beginnt der stetig, teilweise im Halbdunkeln wachsende Privatsektor, seine Interessen zu artikulieren und auch politisch einzufordern. Geregelter Arbeitsbeziehungen gehören in den seltensten Fällen dazu. Die gesetzlichen Regelungen und auch die in Ansätzen zu beobachtende Konsolidierung der ukrainischen Gewerkschaftslandschaft greifen hauptsächlich im staatlichen Sektor der Wirtschaft – und dieser befindet sich mitten im Sturzflug; er hat die große Krise noch vor sich.

Der FPU, Nachfolgeorganisation des sowjetischen "Transmissionsriemens", ist es bisher gelungen, sowohl ihr Eigentum zu retten als auch gesetzliche Rahmenbedingungen zu fördern, die ihre jungen Konkurrenzorganisationen behindern. Ein Gewerkschaftsgesetz, das den Gewerkschaften nach Vorstellung der FPU neben dem Gesetzesinitiativrecht auch die Verwaltung der Sozialversicherung, der Gesundheitseinrichtungen sowie das Recht auf wirtschaftliche Aktivitäten einräumen soll, ist allerdings in der Parlamentsberatung umstritten; im innenpolitischen Spiel des Gebens und Nehmens haben auch die staatlichen Funktionäre schon ein Auge auf das Brot der Werktätigen geworfen – schließlich fallen dabei immer ein paar Krumen für die Geschäftsträger ab. Gegenwärtig zeichnen sich auf politischer Ebene zwei Positionen ab: das eine Lager möchte das Gesetzesprojekt ganz fallenlassen, da man die Bedeutung der FPU zur Wahrung des sozialen Friedens bezweifelt. Die Akzeptanz als Sozialpartner ist gebunden an die Fähigkeit, die Massen im Ernstfall mobilisieren zu können, und gerade hier hat die FPU nichts zu bieten. Das andere Lager setzt auf die FPU und ihren Alleinvertretungsanspruch, da man durch einige Konzessionen an das "Wirtschaftsunternehmen FPU" einen günstigen Preis für soziale Ruhe zu zahlen glaubt.

Eine konsequente Vertretung von Interessen einschließlich ihrer Durchsetzung per Streik wird praktisch ausschließlich von den neuen Gewerkschaften betrieben. Sie ist aber nur in denjenigen Bereichen erfolgreich durchzuführen, die auch in der Krise zu den volkswirtschaftlichen Schlüsselsektoren gehören – im wesentlichen der Transportsektor und der Kohlebergbau. Trotz aller Ausdehnungsbestrebungen in andere Branchen konnte der Rat der Freien Gewerkschaften im industriellen Bereich nur einzelne Großbetriebe gewinnen – das Druck- und Organisationspotential von Belegschaften stillstehender Betriebe ist eben äußerst gering. Auch wenn die Organisationsbereiche des WPU aller Voraussicht nach auch zukünftig in Staatshand bleiben werden, so wird der Strukturwandel doch nicht spurlos an ihnen vorbeigehen. Und dadurch droht den neuen Gewerkschaften ein nicht unbeträchtlicher Popularitätsverlust, wie ihn auch andere reformfreudige

Gewerkschaften in Osteuropa erleiden mußten. Im Kohlebergbau ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich im Donbass die eher korporativistische Position des Streikkomitees (Gemeinsam mit den Unternehmen für Subventionen!) gegen die Position der NPGU (Marktwirtschaft!) durchsetzt. Schlimmstenfalls droht dem WPU die Reduktion auf ein Bündel von Transportarbeitergewerkschaften – mit hohem Ansehen bei den Beschäftigten, aber geringem gesamtgesellschaftlichem Gestaltungspotential. Immerhin ist es beachtlich, daß sich die neuen Gewerkschaften konsolidieren konnten und nach dem Abschied der meisten Parteien aus der politischen Arena zugleich die einzige relevante neue gesellschaftliche Kraft geblieben sind.

Der rechtliche Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten in der Ukraine ist noch völlig unklar. Im Prozeß der Neugestaltung des Gewerkschaftsgesetzes, des alten sowjetischen Arbeitsgesetzbuchs und des Gesetzes über Konfliktregelungen sind auch bereits geregelte Bereiche nicht tabu. Und zum Jahresende 1994 soll ein Transportgesetz verabschiedet werden, das das Streikrecht für Beschäftigte der Eisenbahn abschaffen soll. Der größte Feind des Gewerkschafts-"Pluralismus" in der Ukraine sind aber die allgemeinen Entsyndikalisierungstendenzen. Die Gehälter im kleinen, aber wachsenden Privatsektor sind im Vergleich zum Staatssektor so gut, daß trotz (und auch gerade wegen) der dort herrschenden rauen Methoden die Bereitschaft gering ist, den dort erworbenen Arbeitsplatz durch ein gewerkschaftliches Engagement zu gefährden.

15. UNGARN (R. Girndt)

15.1. *Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung*

Dem Wechsel der Regierungskoalition folgte ein spürbarer Wandel im Verhältnis von Regierung und parlamentarischer Mehrheit zu den Sozialparteien und insbesondere zu den Gewerkschaften.

Die konservative Vorgängerregierung neigte zur "labour exclusion". Sie war mehr darauf bedacht, die Gewerkschaften zu neutralisieren und zu schwächen als zu beteiligen.

Die Absicht der sozial-liberalen Koalition, mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einen längerfristig gültigen Wirtschafts- und Sozialpakt zu schließen, stellt den Versuch zur gesellschaftlichen Konsensbildung dar. Sie markiert nicht nur eine kommunikative, sondern auch eine strategische Kehrtwende. Einerseits erhalten vor der Welt der Symbole und Werte nun die drängenden Wirtschafts- und Sozialprobleme Priorität. Andererseits stützt die Exekutive sich nicht ausschließlich auf ihr wahlpolitisches Mandat als ausreichende Legitimitätsbasis, um Fragen des wirtschaftlichen Systemwandels zu entscheiden, sondern ist bestrebt, die relevanten gesellschaftlichen Interessenverbände in den

Transformationsdiskurs einzubeziehen und mit ihnen gemeinsam getragene Konsenslösungen zu suchen.

Durch die Beendigung des offenen "Legitimitätskriegs" zwischen alten und neuen Konföderationen sind die gewerkschaftlichen Voraussetzungen für den Abschluß eines Wirtschafts- und Sozialpakts mit der neuen Regierung in gewisser Weise besser geworden. Die Gewerkschaften können sich stärker auf ihre Rolle als Interessenvertretung konzentrieren und sich eventuell leichter auf ein Minimum an gemeinsamer Interessenvertretung einigen.

Indes wird dieser Spannungsabbau durch die neuerlich enge politische Verflechtung zwischen dem Ungarischen Gewerkschaftsbund (MSZOSZ) und der Sozialistischen Partei (MSZP) gefährdet. Kritiker dieser Verflechtung zwischen reformierter "Nachfolgepartei" und reformierter "Nachfolgewerkschaft" sehen darin Tendenzen zu einem modernisierungs- und autonomieabträglichen Quasi-Korporatismus, die den Fortgang notwendiger industrieller und sozialpolitischer Umstrukturierungen behindern könnten. Von anderen dagegen wird dieses Arrangement als ein Bündnis zwischen Regierungstechnokraten und Gewerkschaftsbürokraten verstanden, welches unter den gegebenen gewerkschaftspolitischen Bedingungen womöglich zum gesellschaftlichen Konsens über die weiteren Schritte der Transformation beitragen könnte.

Mit Hinweis auf die nähere Vergangenheit und unter Autonomiegesichtspunkten kritisieren Vertreter der alternativen Gewerkschaftskonföderationen (Liga/Arbeiterräte) das Bündnis zwischen MSZOSZ und MSZP als Verletzung des Prinzips parteipolitischer Neutralität, welches sich die reformierten Staatsgewerkschaften im Zuge des demokratischen Umbruchs zu eigen gemacht haben. Sie sehen darin eine unzulässige Einschränkung autonomer gewerkschaftlicher Interessenvertretung gegenüber einer politischen Exekutive, die als zentraler Transformationsakteur ohnehin schon über einen deutlichen Machtvorteil gegenüber den Gewerkschaften verfügt. Die Gewerkschaftskonföderationen in der sogenannten "Budgetsphäre", SZEZ und ÉSZT, schließlich befürchten eine Benachteiligung ihrer Mitgliedschaft zugunsten des MSZOSZ. Denkbar wäre ihnen zufolge, daß sich der industriezentrierte MSZOSZ mit seinen Verbündeten in der Regierung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst verständigen könnte.

Strukturverwerfungen und Eigentümlichkeiten der Transformationskrise tragen zur Organisations- und Tarifschwäche der ungarischen Gewerkschaften bei. Diese Schwäche konzentriert sich auf den Sektor, der eigentlich die materielle und institutionelle Basis für die faktische Ausgestaltung der rechtlich gewonnenen Tarifautonomie bilden soll: die entstehende Privatwirtschaft. Parallel dazu ergibt sich aus der Kombination von schrumpfenden staatlichen Wirtschaftsbereich und Deindustrialisierung eine gewerkschaftliche Kräfteverlagerung von der Industrie in den öffentlichen Dienst.

Mittlerweile gehört nur noch jede(r) dritte Arbeitnehmer(in) einer Gewerkschaft an. Die finanziellen Mittel sind dermaßen ausge-trocknet, daß der Aufbau oder die Rekonstruktion von haupt-beruflichen "Apparaten" beziehungsweise professionellen Funktionärs-körpern sowie die Entwicklung einer Infrastruktur ins Stocken geraten sind. Infolgedessen ist nicht nur die Entwicklung eines "Dienstleistungsangebots" für die Mitgliedschaft, sondern auch die von unentbehrlichen Außenbeziehungen auf allen Ebenen beschränkt.

1994 war ein Jahr organisationsinterner Krisen, von denen insbesondere die Liga, aber auch die Arbeiterräte und selbst MSZOSZ betroffen waren. Nach der Abspaltung einer kleineren Gruppe, die sich Demokratische Liga Freier Gewerkschaften nennt und zu einem Anhängsel der Arbeiterräte (MOSZ) geworden ist, hat sich die Lage bei der Liga in der zweiten Jahreshälfte deutlich gefestigt.

Bei den Arbeiterräten sind innere Spannungen virulent vorhanden. Die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft im MSZOSZ durch die Eisenbahnergewerkschaft (VSZ) unmittelbar nach dem Streik im Dezember 1994 wurde zwar mit mangelnder Unterstützung und Solidarität der Konföderation begründet, hat aber wahrscheinlich auch mit unterschiedlichen Auffassungen über die zulässige gewerkschaftliche Nähe den Parteien gegenüber (In diesem Falle zur MSZP) zu tun.

Die relative Ruhe in den anderen Konföderationen ist aber nicht durch stärkere Identifizierung der Mitgliedsorganisationen mit den Dachverbänden zu erklären. Veränderungen der pluralistischen Gewerkschaftsstruktur Ungarns sind wohl erst nach den Betriebsratswahlen im Mai 1995 vorstellbar, deren Ergebnis auch die Anteile am Vermögen der Branchengewerkschaften festlegen wird.

15.2. Bisherige Kooperation mit der FES

Da sich trotz mancher organisationsinterner Krisen die plurale Struktur mehrerer nebeneinander bestehender und teilweise miteinander konkurrierender Konföderationen bisher behaupten konnte, sind die 6 Gewerkschaftsverbände, die im tripartiten Inte-ressenabstimmungsrat die Arbeitnehmerseite bilden, weiterhin die Adressaten des Projekts geblieben:

- Liga-Gewerkschaften (Liga)
- Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ)
- Ungarischer Gewerkschaftsbund (MSZOSZ)
- Konföderation der Autonomen Gewerkschaften (ASZSZ)
- Forum für gewerkschaftliche Zusammenarbeit (SZEF)
- Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSZT)

Als weitere Institutionen partnerschaftlicher Zusammenarbeit sind in stärkerem Umfange hinzugekommen: der Bildungsrat der 6 Konföderationen, der Beratungsdienst für Interessenschutz (ÉTOSZ) und die Mónus-Illés-Akademie. Alle drei Einrichtungen verfolgen eine ähnliche Zielsetzung wie die Projektarbeit der FES, indem sie Ansätze von gemeinsamer Interessenvertretung unterstützen und sich um den Aufbau konföderationsübergreifender gewerkschaftlicher Bildungsstrukturen bemühen. Die bewährte Zusammenarbeit mit der Liga-Akademie wurde aufrechterhalten.

Die verstärkte Kooperation mit ungarischen Einrichtungen der Weiterbildung und Beratung, die selbst konföderationsübergreifend tätig sind, ermöglichte den Zugang zu Themen und Zielgruppen, die bisher eine eher untergeordnete Rolle spielten und erst jetzt Beachtung bei den Gewerkschaftsverbänden finden (z.B. AN-VertreterInnen in Aufsichtsräten).

Schließlich intensivierte sich die Zusammenarbeit mit wichtigen Branchen- und Berufsorganisationen aus dem Umfeld der Konföderationen (u.a. Pädagogen- und Wissenschaftlergewerkschaften, Metall, Bergbau, Energie, Eisenbahn), die regionale und betriebliche Ebene mit eingeschlossen.

Im Rahmen des Projektes fanden u.a. folgende Veranstaltungen statt.

- Forum "Gewerkschaftliche Erfahrungen und Einflußmöglichkeiten bei der Privatisierung in Ostdeutschland und in Ungarn" (Experte von HBS) 10.-12.2.1994.
- Workshop "Zukunft der Gewerkschaften - Gewerkschaften der Zukunft" (mit 5 Konföderationen sowie deutschen und ungarischen Wissenschaftlern) 24.-26. März 1994.
- Kurzzeitexpertenprogramm: "Strukturveränderungen in den Gewerkschaften" (Experten von IGBE) 11.-14.4.1994.
- Seminar "Gewerkschaftliche Repräsentativität in Europa" (Experten von CFTD und ILO) 23.9.1994.
- Konferenz "Sozialpakt und Institutionensystem in der Budgetsphäre" 5.11.1994.
- Konferenz "Probleme von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten" (Experten von HBS) 28.11.1994.
- Kurzzeitexpertenprogramm "Neuorientierung und Rekonstruktion gewerkschaftlicher Bildungsarbeit" (Experte von IGM) 5.-9.12.1994.
- Forum: "Sozialer Dialog in der Umweltschutzpolitik" (deutscher Experte) 16.12.1994.
- Publikation: Bildungsmaterial für Personalräte
- Publikation: "Gewerkschaften und gesellschaftliche Wirklichkeit" (Konferenzdokumentation zur Gewerkschaftsreform)
- Studie: Modifizierung des Arbeitsrechts
- Publikation: Taschenlexikon der Interessenvertretung

15.3. Aktivitäten der Partner

Neben den deutschen Gewerkschaften sind in Ungarn gegenwärtig die österreichischen, belgischen und niederländischen (FNV) Gewerkschaften am aktivsten.

Sie führen Seminare und Fachkonferenzen (z.B. Sozialversicherung) durch. Der ÖGB konzentriert sich auf die Beratung beim Aufbau von Bildungsabteilungen der ungarischen Gewerkschaftskonföderationen.

IBFG und EGB haben ebenfalls einzelne Maßnahmen durchgeführt (Beratung über Wirtschafts- und Sozialpakete im internationalen Vergleich bzw. Konferenz über Menschen- und Gewerkschaftsrechte im ehem. Jugoslawien). ICEF fördert den Ausbau eines Informations- und Beratungsprogramms, das über Ungarn hinaus wirken soll.

Die amerikanischen Gewerkschaften treten zur Zeit weniger in Erscheinung.

16. WEIßRUSSLAND (S. Anatzko)

16.1 Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung

Die Gewerkschaften in Weißrußland sind heutzutage in zwei großen Gruppen eingeteilt: die "neuen" und die "alten" Gewerkschaften.

Die "neuen" Gewerkschaften :

- **Belarussische Unabhängige Gewerkschaft der Bergbauarbeiter** - mit ca.12 Tausend Mitgliedern,
Vorsitzender : Iwan Jurgewitsch, Tel. 007-01710-32769
Büroadresse : Soligorsk, Korsha-Str. 5a
- **Freie Gewerkschaft Belarus** - mit ca.10 Tausend Mitgliedern
Vorsitzender : Genadij Bykow Tel. 007-0172-275778
Büroadresse : 220103 Minsk, Platz Swobody 23

Alle Gewerkschaften sind aus der republikanischen Streikkomitee entstanden und haben einen sehr guten Kontakt zu einander. Im September 1993 haben sie den Dachverband gegründet :

Belarussischer Kongreß Demokratischer Gewerkschaften

Vorsitzender : Alexandr Lysenko

Büroadresse : 220103 Minsk, Platz Swobody 23

Tel. 007-0172-270454

Fax. 007-0172-271316

Dem Statut nach soll sich der Dachverband mit der Durchführung der gewerkschaftlichen Ausbildung und mit dem rechtlichem Schutz der Betriebsorganisationen und der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder beschäftigen. Die Gründungsorganisationen haben diese Funktionen dem Kongreß delegiert. Die neuen Gewerkschaften haben sehr breite internationale Beziehungen : IG Chemie-Papier-Keramik, IG Bergbau und Energie, Konföderation französischer demokratischen Gewerkschaften und, traditionell, - die neuen Gewerkschaften in Kasachstan, Rußland und auf der Ukraine. Belarussische Unabhängige Gewerkschaft ist der Transitmitglied von ICEF. Der Kongreß Demokratischer Gewerkschaften wird bei seiner Ausbildungsarbeit sehr stark von AFL-CIO unterstützt.

Die "alte" Gewerkschaft ist durch

die **Föderation der Gewerkschaften von Belarus** repräsentiert.

Vorsitzender : Wladimir Gontscharik

Büroadresse : Minsk, Prospekt Mascherowa 21

Diese ist der Dachverband von den Branchengewerkschaften und hat sowohl die Mitgliedschaft, als auch die Strukturen der alten sowjetischen staatlichen Gewerkschaft übernommen (auch die Finanzen und das Eigentum). Die Anzahl der Mitglieder beträgt deswegen in der Föderation bis 4 Millionen Menschen (was von den Unterlagen her nicht nachweisbar ist : Jeder Mensch ab 18 Jahre wurde früher automatisch das Mitglied der staatlichen Gewerkschaft) .

Auf der Betriebsebene wird sehr häufig von der Seite der alten Gewerkschaften Druck gegenüber den neuen Gewerkschaften ausgeübt. Dies führt zu Auseinandersetzungen und den unversöhnlichen Widersprüchen zwischen der Föderation der Gewerkschaften und den neuen Gewerkschaften.

Allerdings hat der Dachverband der alten Gewerkschaften heute keine homogene einheitliche Struktur mehr. Die Macht des Dachverbandes nimmt ab. Die einzelnen Branchengewerkschaften verfolgen immer mehr eine selbstständige Politik, so daß einige Branchengewerkschaften sehr gute Kontakte zu den neuen Gewerkschaften haben und auch gemeinsame Aktionen und Schulungen durchführen.

16.2 Bisherige Kooperation mit der FES

Im Laufe des Jahres wurden folgende Veranstaltungen mit den neuen Gewerkschaften durchgeführt :

- Januar: Seminar "Politische und Ökonomische Strukturen Europas"
- Februar: Seminar "Die Probleme der Gewerkschaftsbewegung in Weißrußland und in Deutschland"
- März: Seminar "Grundgesetze der Makrowirtschaft"
- Mai: Seminar "Geschichte der europäischen Gewerkschaftsbewegung"
- August: Seminar "Gesetze der Mikrowirtschaft"